

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Verlagsgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die Berliner Maurer im Kampfe um die Festschließung und Verkürzung der Arbeitszeit. — Warum müssen die Chemnitzer Maurer noch um den Zehnstundentag kämpfen? — Klassenmoral und Klassenjustiz. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Befestigung des Verbandsvorstandes. — Abrechnung des Central-Verbandes für das erste Quartal. — Befestigung der Gewerkschaften. — Bericht über die Bodenbesetzung. — Central-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterlohn, Subventionen usw. — Aus anderen Vereinen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Berliner Maurer im Kampfe um die Festschließung und Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Sturmjahr 1848 hatte u. a. den Berliner Maurern den Zehnstundentag in den Schoß geworfen. Aber wie es so manchmal geht: wie gewonnen, so zerronnen, so auch hier; die Kollegen hatten nicht, sondern sich darum zu kämpfen brauchen, und ebensowenig waren sie um die Erhaltung der unschätzbaren Errungenschaft besorgt. Es ist uns nicht bekannt, wann die erste Stunde wieder eingeführt wurde, sicher ist, daß die Berliner Maurer zu Beginn der 60er Jahre und noch 1871 elf Stunden arbeiten mußten. Ähnlich so ist es einmal den Pugern ergangen, die den zu Beginn der Gründerjahre leicht errungenen Neunstundentag bald darauf wieder fahren ließen, ohne eigentlichen Widerstand zu leisten. Hierbei kommt allerdings in Betracht, daß in beiden Fällen der Zeitpunkt, die Organisation, feststeht; bis zum Jahre 1869 war es nach den damaligen Gesetzen überhaupt unmöglich, öffentliche Organisationen zu dem gedachten Zweck zu gründen und zu erhalten; und Mitte der 70er Jahre war unsere Berliner Organisation bereits wiederholt polizeilich geschoffen.

Den ersten; von einer willens- und tatkräftigen Organisation getragenen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit führten die Berliner Maurer im Sommer 1871. Im Frühjahr war zunächst nur die Rede von einer Abwehr gegen Lohnreduktionen. Als aber von Versammlung zu Versammlung die Zahl der Teilnehmer größer wurde, war bald die Frage in aller Munde, ob es nicht an der Zeit wäre, den Zehnstundentag zu fordern und zu erkämpfen, und am 15. Juli wurde beschlossen, vom anderen Tage an nur dort zu arbeiten, wo die zehnstündige Arbeitszeit von den Unternehmern anerkannt werde. Am 27. August konnte der Streik für beendet erklärt werden, da an 5000 Maurer zu den neuen Bedingungen in Arbeit standen; circa 3000 Streikende hatten Berlin verlassen und nur 300 bis 400 Mann arbeiteten; fernerhin elf Stunden. Das war der erste organisierte Kampf im Maurergewerbe um die Verkürzung der Arbeitszeit, der sofortigen und dauernden Erfolg hatte. Die Berliner Maurer waren hiernit auch die Bahnbrecher für den Zehnstundentag im übrigen Deutschland.

Viele Jahre vergehen, bevor wir wieder etwas von einer Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit hören. Das polizeiliche und gerichtliche Verbot der Organisation, der gleichzeitige Niedergang der Konjunktur, das Sozialistengesetz, der langsam tastende Wiederaufbau der Organisation, Zwiss in den eigenen Reihen und wiederum polizeiliche Drangsalierung schärfsten Grades lassen diese „Ruhezit“ erklärlich finden. Die Pugern faßten im zeitigen Frühjahr 1889 ohne lange Vorverhandlungen den Beschluß, nicht länger als n e u

Stunden zu arbeiten, und sie wußten dieser Forderung auch im Verlaufe einiger Monate Geltung zu verschaffen, ohne daß es zu bemerkenswerten Arbeitseinstellungen kam. Die Maurer hatten schon im Herbst 1888 dieselbe Forderung und die Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 60 % gestellt. Die Unternehmer, voran die Zimung mit dem damals „allmächtigen“ Felisch, lehnten wie immer ab, irgend welche Zugeständnisse zu machen. Ganz so wie heute sehen die damaligen Ablehnungsgründe der Herren Meister aus, nur etwas weniger langstielig wurden sie vorgetragen. In einem Beschluß der Zimung der Bau-Maurer- und Zimmermeister zu Berlin heißt es:

„Die Versammlung spricht sich ganz entschieden gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit im Sommer von zehn auf neun Stunden aus und hält an der zehnstündigen Arbeitszeit fest. Es widerspricht den Bedingungen, die die Natur selbst bei dem Baugewerbe gestellt hat, daß man im Sommer nicht möglichst lange arbeiten will, da man doch im Winter so häufig überhaupt nicht arbeiten kann. Die durchschnittliche Arbeitszeit im ganzen Jahr beträgt schon jetzt kaum neun Stunden. Im Grunde würde durch solche Renewerung das Publikum mehr geschädigt als die Baugewerksmeister, die doch, wo irgend möglich, die Mehrausgabe dem Bauherrn in Rechnung stellen müßten. Ja, es liegt im Interesse der Gesellen selbst, daß sie Gelegenheit haben, die durch die ungenügende Jahreszeit sie treffenden Verluste durch eine zehnstündige Arbeitszeit im Sommer auszugleichen.“

Wenn wir uns die Denkschriften und Berichte der Herren Bahl, Feuer und Fiedler ansehen, finden wir, daß für das Festhalten an dem Neunstundentag dieselbe „Wissenschaft“, nur mit etwas mehr Pfaffen verbrämt, verzapft wird. Geholten hat diese „Belehrung“ damals so wenig wie heute. Die Maurer stellten am 20. Mai die Arbeit ein und führten den allgemeinen Streik etwa sieben Wochen lang. In den ersten Wochen haben sich circa 17 000 Kollegen an dem Kampfe beteiligt, wovon über 7000 sofort den Streikort verließen. Leider reichten damals für einen monatelangen Kampf die Mittel nicht, so daß nach etwa sieben Wochen der Generalfreist aufgehoben werden mußte, ohne daß ein durchschlagender Erfolg erzielt worden wäre; nur auf einem Viertel sämtlicher Bauten wurde neun Stunden gearbeitet. Zimern hatten die Maurer einen kräftigen Vorstoß gemacht, und wenn nicht die städtischen und staatlichen Baubehörden den Unternehmern in allen Stücken entgegengekommen wären und die Polizei die Streikenden nicht auf allen Wegen behindert hätte, so hätte die Zimung schon damals den Neunstundentag bewilligen müssen. Fühlte sich doch selbst die „Baugewerks-Zeitung“ zu folgendem Eingeständnis und Klageruf gedrungen: „Außer Frage steht, daß die Unternehmer allein, d. h. ohne Unterstützung der Behörden, den Kampf gegen die „sozialistischen“ Bestrebungen schwerlich werden ausfochten können. Erhalten die Bauunternehmer keine Hilfe, so kommen sie nach und nach alle auf den Standpunkt, alles gehen zu lassen, wie es geht und alle Forderungen zu bewilligen.“

Bei dem bald danach eintretenden und einige Jahre anhaltenden Niedergang der Bautätigkeit war es den Maurern nicht möglich, ihren Teilseig auszunützen und den errungenen Vorteil festzuhalten. Erst im Jahre 1896 sehen wir die Berliner Kollegen wieder auf dem Kampfplan. Wiederum geht der Kampf um den Neunstundentag. Am 20. April wurde die Arbeit eingestellt und nach einigen Tagen konnte auf über 300 Bauten zu den geforderten Bedingungen gearbeitet werden. Am 3. Mai wurde der allgemeine Streik aufgehoben; der Kleinstreik begann. Manchmal schien es, als sollten die Maurer auch diesmal des Starrsinns der Zimungsmeister nicht Herr werden, als aber nach Pfingsten die Kollegen mit großer Bravour den Kampf auf der ganzen Linie wieder aufnahmen; was es mit der Unbeugsamkeit der „Arbeitgeber“ vorbei. Ende Juni arbeitete die übergroße Zahl aller Berliner Maurer neun Stunden, so daß von der Fortführung des Streiks Abstand genommen werden konnte.

Eine förmliche Anerkennung des tatsächlichen Neunstundentages durch Beschluß der Zimung und Ratifizierung eines Lohn tariffs wurde auch jetzt noch nicht erzielt. Dazu sollte es erst im Jahre 1899 kommen, als unsere Kollegen die Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 65 % forderten und dieser Forderung durch partielle Streiks Nachdruck gaben. Damals antworteten die inzwischen in einen „Arbeitgeberverband“ organisierten Unternehmer alsbald mit der Aussperrung, und als sich diese für Berlin und Umgegend als ein Schlag ins Wasser erwies, lohten auf kurze Zeit die „Flammenzeichen“ in ganz Deutschland empor und riefen die Vertreter des „Arbeitgeberbundes“ für das deutsche Baugewerbe nach Berlin, um sich über eine Generalaussperrung der Maurer Deutschlands schlüssig zu werden. Bevor es jedoch dazu kam, hatten zum großen Merg der Generalschaffmacher die Berliner Meister Frieden mit ihren Maurern gemacht. Die gesamten Arbeitsbedingungen wurden in dem sogenannten Tarifvertrag, der mit Lohn erhöhungen und einigen anderen Minderungen bis zum Frühjahr d. J. alle zwei Jahre erneuert wurde, festgelegt.

Zwischen hatten aber unsere Pückerkollegen die Arbeitszeit weiter verkürzt. Ohne Genehmigung und Anerkennung des „Arbeitgeberverbandes“ arbeiteten sie im Sommer 1899 nur noch 8 1/2 Stunden, und ebenso „erlaubniswidrig“ führten sie im Jahre 1904 den Achtstundentag ein. Der „Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ will den Achtstundentag offiziell nicht kennen, aber er ist da, und das genügt. Weiter ist der Neunstundentag überwinden von einer anderen Spezialistengruppe des Maurergewerbes, den Arbeitern der Gips- und Zementbranche. Hier sogar durch Tarifvertrag mit als „Berliner Betonverein“ organisierten Unternehmern. In dieser Branche wird seit dem Frühjahr 1906 8 1/2 Stunden gearbeitet. Dieselbe Arbeitszeit haben, ebenfalls vertraglich geregelt, die Backenmaurer. In diesen Gruppen kommen noch die Stukkateure, die ja auch untrennbar vom Maurergewerbe sind und die ebenfalls längst den Neunstundentag hinter sich gelassen haben.

Mit diesem Zustande hat sich der Verband der Baugeschäfte in Berlin und den Vororten stillschweigend abgefunden; um so mehr Kraach macht er jetzt, da auch die Maurer und Zimmerer, der Stamm des Baugewerbes, und mit ihnen natürlich alle Hilfsarbeiter, den Achtstundentag fordern und mit dem schärfsten Mittel zu seiner Verwirklichung geschritten sind. Aber es hilft kein Sträuben; weder nationalökonomische Pfaffen, noch Drohen und Poltern können die Tatsache, daß der Achtstundentag eine baugewerbliche Notwendigkeit ist und daß die Arbeiterkraft den Willen und die Macht hat, ihn einzuführen, aus der Welt schaffen. Die achtstündige Arbeitszeit ist

schon jetzt gesichert; dafür bürgt der Stand der Bewegung, der von Woche zu Woche besser für die Arbeiter wird und den auch nach dem 1. Juli die Unternehmer für sich günstiger gestalten können. Mögen die Unternehmer auf einen mehrjährigen Vertrag dringen, mögen sie darauf verzichten, in keiner Lage kommen sie daran vorbei, sofort die achteinhalbstündige Arbeitszeit anzuerkennen. Der bisherige Verlauf des Kampfes und die so oft bewiesene Bravour unserer Berliner Kollegen als Vorkämpfer für die Verkürzung der Arbeitszeit verbürgen uns die Gewißheit des Sieges.

Warum müssen die Chemnitzer Maurer noch um den Zehnstundentag kämpfen?

In vier Großstädten, Berlin, Halle, Erfurt und Chemnitz, stehen die Maurer gegenwärtig im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit: 8 1/2, 9 und 9 1/2 Stunden ist das Kampfsobjekt in den drei ersten Orten, und nur in Chemnitz, dem sächsischen Manchester, der Fabrik- und Arbeiterstadt par excellence, muß — ganz kulturwidrig, als fleckten wir noch tief im 19. Jahrhundert — erst noch um die Verrückung der elftündigen Arbeitszeit gestreift werden. Woran liegt das? Liegt Chemnitz in einem weltvergessenen Winkel und ist die Lehre von der Notwendigkeit kurzer Arbeitszeit, von der weltbewegenden Forderung des Zehnstundentages dort still so spät gebrungen, daß die Arbeiterschaft nunmehr erst den ersten Gehversuch im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit macht? Ach nein!

Chemnitz darf sich so gut wie Berlin rühmen, eine Wiege der Arbeiterbewegung gewesen zu sein. Schon 1867, zum ersten Norddeutschen Reichstage, wählte die Chemnitzer Arbeiterschaft einen sozialdemokratischen Abgeordneten, und seit der Zeit zählte man Chemnitz immer zu den Hochburgen der Sozialdemokratie. Nicht viel später und bestimmt viel früher als in den meisten übrigen Städten Deutschlands ist die Chemnitzer Arbeiterschaft mit der gewerkschaftlichen Organisation bekannt geworden; die im Jahre 1868 auf dem Nürnberger Verbandstage von dem Verband deutscher (sächsischer) Arbeitervereine beschlossene Gründung von internationalen Gewerkschaften fand gerade in Sachsen den meisten Widerhall, und Chemnitz wurde neben Dresden und Leipzig ein kräftiger Stützpunkt dieser Gewerkschaftsbewegung, der sich auch die dortigen Maurer, soweit sie überhaupt Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge hatten, angeschlossen. Das Evangelium der Organisation ist also der Chemnitzer Arbeiterschaft frühzeitig gepredigt worden, und auch später, in seinem Stadium der verflochtenen vierzig Jahre, hat es an guten Lehren gefehlt. So erfreulich aber die politische Bewegung fortgeschritten ist, um so schwächer und talosler blieb bis in die neueste Zeit hinein die Gewerkschaftsorganisation. Und nicht nur die Arbeiter des Baugewerbes haben es von jeher an Energie und Tatkraft, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, fehlen lassen, sondern auch die in so großen Massen vorhandenen Arbeiter der Metall- und Textilindustrien. Diese beklagenswerte Erscheinung findet man erfreulicherweise in demselben Umfang in keiner anderen Stadt von einiger Bedeutung.

Warum es bei den baugewerblichen Arbeitern so bestellt ist, läßt sich leicht erklären und zum Teil auch entschuldigen. Die große Masse der Chemnitzer Bauarbeiter, besonders die Maurer und Handlanger, sind dort nicht bodenständig. Bei dem ungemessen großartigen Aufschwung der Chemnitzer Industrie in den 60er, 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts absorbierte diese alle verfügbaren Arbeitskräfte. Wenn auch naturgemäß das Baugewerbe dabei ebenfalls florierete, so vermochte es auf die einheimischen Arbeiter doch nicht die Anziehungskraft auszuüben als die Metall- und Textilindustrien; der dreiege „Mauer“ stand in recht niedrigem Ansehen, und die Zahl der in Chemnitz ansässigen und heimatsberechtigten Maurer stand in gar keinem Verhältnis zu der Zahl derjenigen, die notwendig waren, das Baubedürfnis zu befriedigen. Die einheimische Chemnitzer Arbeiterschaft bestand zum größten Teil aus einigen Hundert Scharwerkern, die für Neubauten wenig oder gar nicht in Betracht kamen. Trotzdem hat es in der Regel nicht an Mauern gegeben; zum kleinen Teil die Gebirgsdörfer, zum weit überwiegenden Teil aber das benachbarte Böhmen lieferten den Bedarf und liefern ihn heute noch. Möchten die Arbeitsbedingungen in Chemnitz noch so traurig sein, die böhmischen Maurer und Hilfsarbeiter, die letzteren überwiegend weiblichen Geschlechts, kamen mit dem Beginn jedes Frühjahrs wieder; möchten die Unternehmer den

Stundenlohn auf 24 oder 28 \mathcal{M} , die tägliche Arbeitszeit auf 11 oder 13 Stunden festsetzen, die böhmischen und nicht minder die „gebirgschen“ Maurer fügten sich solchen Befehlen, wenn sie nicht gar darauf drangen, regelmäßig ein paar Ueberstunden zu machen. Das machten nicht allein die sogenannten „Zugvögel“, so, die zu Beginn des Frühjahrs die heimatischen Gefilde verlassen und zum Herbst wieder zurückkehren, sondern auch die nach und nach ansässig gewordenen Böhmen blieben zumeist dieser Untugend treu. Auch sie blieben auf lange Zeit nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich Ausländer und hielten sich mit großer Scheu von der Organisation fern.

Diese Scheu vor der Organisation, das Bestreben, recht viele Arbeitsstunden zu erzielen, und nicht zuletzt das „Trachten“, in den Augen des Unternehmers nicht als „auffällig“ zu erscheinen, haben vielerlei Beweggründe. Ist schon der einheimische, staatsangehörige Arbeiter in vielen Stücken polizeilicher Bevormundung unterworfen, so sind es die Ausländer noch viel mehr; die Staatsangehörigkeit zu erwerben, wird dem ausländischen Arbeiter, selbst wenn er sich längst ansässig gemacht hat und zu einem gar nicht zu entbehrenden Bestandteil seines Arbeitsortes geworden ist, in der Regel nicht gestattet. Wer sich in der Arbeiterbewegung hervortut und seine Landleute über die Notwendigkeit der Organisation und des Kampfes für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufzuklären sucht, kann sehr leicht in den Geruch eines „lästigen“ Ausländers kommen. Und um ja nicht angeudet, unterbleibt dann auch das, was jedermann ohne jede Gefahr tun kann, doch Mittelteil des Verbandes zu werden und in aller Stille in Freundesreisen das Evangelium der Arbeiterbewegung zu verkünden. — Der böhmische Saisonmurer kommt selten allein. Ist er verheiratet, bringt er seine Frau oder seine Söhne und Töchter mit, oder aber der ältere Bruder führt seine Geschwister in die „Fremde“. Alle wollen Arbeit und Verdienst am Bau, und zwar an einem und demselben Bau finden. Da muß selbst der tüchtigste Maurer sehr oft Rücksicht auf seine Angehörigen nehmen; junge, kaum der Schule entwachsene Burschen und Mädchen sollen als Handlanger untergebracht werden. Kann der Bursche eben die Kelle anfassen, will er gar als Maurer einrangiert werden. Da müssen nicht nur die jungen Burschen und Mädchen mit äußerst niedrigen Löhnen zufrieden sein, sondern auch der erfahrene und tüchtige Maurer getraut sich nicht, seine Arbeitskraft richtig zu bewerten, am nicht seine Familienangehörigen zu gefährden. Er will und muß aber nicht nur in der Fremde während der Dauer seiner Arbeit leben, sondern er will auch einen Spargroschen mit nach Hause nehmen, und da es ihm unmöglich erscheint, den Stundenlohn zu erhöhen, nimmt er seine Flucht zur Verlängerung der Arbeitszeit, was ihm der Unternehmer gern gewährt. — Niedriger Verdienst bebingt schlechte Lebenshaltung. Da aber doch der Magen satt gemacht werden muß und dies selbst bei den geringsten Ansprüchen allerlei Geld kostet, so muß unser Maurer, um auf seine Spargroschen zu kommen, seinen Körper und seinen Geist noch auf andere Art betätigen, und er tut es, indem er in schlechten Dachkammern, Kellern etc. die Schlafurgherlichkeit auskostet. Das paßt gerade so recht zu der langen Arbeitszeit. Die Logisgeber, die für die elenden Böcher auch noch Wucherpreise fordern und bekommen, sind froh, wenn sie von ihren Einlogierten so wenig wie möglich sehen, und für diese ist der Bau schließlich ein angenehmer Aufenthalt als ihre „Wohnungen“.

So war es Jahrzehnte — bis in unser Jahrhundert hinein. Unter solchen Umständen bot das Chemnitzer Maurergewerbe wahrlich nichts Anziehendes, und es ist nicht zu verwundern, daß ihm aus der einheimischen Arbeiterschaft so gut wie kein Nachwuchs entstand und daß auch die wenigen aus anderen Gegenden Sachsens oder aus anderen Landesteilen eingewanderten Maurer nicht im stande waren, die Verhältnisse merklich zu ändern. So ist es auch zu verstehen, daß zu derselben Zeit, da die Berliner Maurer um den Zehnstundentag kämpfen, wo selbst in der Nachbarschaft von Chemnitz in kleinen Städten der Zehnstundentag im Baugewerbe schon eingeführt ist, die Chemnitzer Kollegen noch immer nicht die elftündige Arbeitszeit abgeschüttelt haben. Man braucht aber gar nicht einmal bis nach Berlin zu sehen; auch die sächsischen Arbeiterschaft hat glänzende Proben von Kampfesmut und erfolgreichen Kämpfen gegeben. Wir erinnern nur an Leipzig, wo schon vor zehn Jahren unsere Kollegen sich den Neunstundentag erzwpangen. Es ist also nicht etwa eine sächsische Eigenart, wenn in Chemnitz die Arbeitszeit noch so beklagenswert lang ist, sondern Chemnitz bildet eine betrübende Ausnahme.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, soll es nun aber doch endlich besser werden. Die jahrelange Agitation

hat inzwischen doch bewirkt, daß der Stundenlohn erheblich gestiegen ist. Den Wert der Organisation haben die Chemnitzer Maurer zwar immer noch nicht recht erkannt, gar zu leicht werfen sie die Flinte ins Korn, wenn nicht alles nach Wunsch geht. Aber mit der zunehmenden Selbstverwertung der Maurer hat sich doch ein lebenskräftiger Stamm gebildet, der die Organisation aufrecht erhält und dem es auch in diesem Jahre gelungen ist, die Masse der Kollegen für den Kampf um den Zehnstundentag zu begeistern. Möge ihnen ein baldiger Sieg beschieden sein und möge sie sich eine Grundlage schaffen, von wo aus sie, wenn nicht den Berliner, so doch den Leipziger und Dresdener Kollegen nachhelfen können.

Klassenmoral und Klassenjustiz.

II.

Zunier hat die herrschende Gesellschaft mit einer alle rechten Gittlichkeits- und Rechtsbegriffe verhöhnenden doppelten Moral gearbeitet, d. h. sie war bestrebt, das arme unterdrückte Volk zur Eopachtung gewisser Moralvorschriften zu zwingen oder zu bessieren, während sie für sich das Recht der Unmoralität in Anspruch nimmt. Sie verbietet Diebstahl und Raub unter gewissen Formen und stah selbst in gesetzlich erlaubter Form die Armeu den täglichen Unterhalt zu und schwebte. Sie antetete den Armen zu, tugendhaft, ehrlich, bescheiden zu sein, die „Gebote Gottes“ zu erfüllen, während sie selbst das Gegenteil war und tat.

Vor mehr als einem Jahrhundert hat sich Adam Smith über das Unterscheidungs- und Bestimmungsvermögen der herrschenden Klassen in Sachen der Moral folgendermaßen ausgesprochen:

„Bei den niederen Klassen der Gesellschaft ist Verschwendung für die einzelnen viel verderblicher als in den höheren Klassen.“ Die Ausschweifung, welche Verschwendung erzeugt, kann dem Vermögen eines reichen Mannes Schaden zufügen, aber dieser Schaden läßt sich gewöhnlich erlesen; jedenfalls kann er keinen Lastern jahrelang nachhängen, ohne sein Vermögen vollständig zu verächteln und sich ganz und gar zu gründe zu richten. Für den Arbeiter würde eine ähnliche Ausschweifung von einer einzigen Woche verderblich werden; sie würde ihn nicht nur an den Vestelstap und vielleicht ins Gefängnis bringen, sondern auch seine Aussichten für die Zukunft zerstören, indem sie ihm seine Lust der Nüchternheit und Ordnungsliebe nähme, wovon seine Beschäftigung abhängt. Daher betrachten die niederen Klassen des gemeinen Volkes aus eigenem Interesse Ausschweifungen, deren Verderblichkeit sie kennen, mit Widerwillen, während die höheren Klassen finden, daß ein gewisser Grad von Lastern weder ihrer Würde noch ihrem Ruf schadet, und solche Ausschweifungen zu den Vorzügen ihrer Geburt rechnen, und die Freiheit, sich ungestraft geben zu lassen, als eines ihrer Standesprivilegien betrachten.“

Also der Arme soll wegen seiner Armut und weil das Interesse der „besseren“ Klassen es verlangt, moralisch sein; die höheren Klassen brauchen es nicht zu sein wegen ihres Reichtums; es gehört zu den „Vorzügen ihrer Geburt“, sich Lasten und Ausschweifungen im Verhältnis zu ihrem Reichtum zu erlauben. Und wehe dem, der sie ihrer „standesgemäßen noblen Passionen“ wegen zu tadeln, an ihren „Standesprivilegien“ zu rütteln magt! Er ist ein Rebell gegen die göttliche und unantastbare Weltordnung, wenn er sagt: Was der Reiche erschwendet, das ist dem Armen genommen, die Ausschweifung des Reichen muß der Arme bezahlen mit seinem gemünzten Schweiß und Blut.“ Spießbürgerliche Beschränktheit behauptet wohl gar, es sei nichts dagegen zu sagen, wenn die Lebemannner der besseren und besten Gesellschaft „das Geld unter die Leute bringen“; nicht wenige Gevorbetriebe, so das Woidellwessen, gewisse Restaurants mit den Chambres separates und den Spielalons usw., sind ja geradezu auf die Ausbeutung des in Rede stehenden „Standesprivilegiums“ berechnet. Das Verbreiten des Adeschen Handels, der Kuppelerei usw. dient erfahrungsgemäß auch diesem Privilegium. Die Beteiligung desselben ist engstens und untrennbar verknüpft mit einer Unzahl unmoralischer und verbrecherischer Handlungen, und alle „Reformbestrebungen“ gewisser staatsbehaltender Moralisten können höchstens bezwecken, daß diese Handlungen vorsichtiger und geheimer begangen werden, um den Konflikt mit dem Strafgesetz nicht in einem Konflikt mit dem Strafrichter werden zu lassen.

An solche Konflikte, die auf Rechnung von Mitgliebern der besseren und besten Gesellschaft kommen, heranzuziehen zu müssen, ist der Straffürst gar nicht lieb. Wir können uns dafür u. a. auf das Zeugnis eines hoch-

angesehenen Vertreters der Wissenschaft berufen. Friedrich Albert Lange schrieb einmal:

„Ich habe sehr häufig erlebt — in früheren Jahren mit moralischem Entsetzen, später ohne solches — daß man ein von angesehenen Personen erwiesenermaßen begangenes Verbrechen mit ruhigem Achselzucken beurteilt, während man den nicht erwiesenen Vorwurf eines Verbrechens mit gärender Galle und lodendem Blut als ein schreckliches Verbrechen, selbst dann, wenn die Verdachtsgründe nicht unerheblich sind. Einzelne Ereignisse dieser Art haben in mir einen unaussprechlichen Eindruck hinterlassen. Als ich noch in Bonn Privatdozent war, wurde gegen einen Professor der Verachtung eines Schwören und gemeinen Verbrechens rüchbar. Zufällige Verbindung mit einem Zeugen, mit welchem ich intim war, brachte in mir einen solchen Grad von Ueberzeugung, wurde der Begründung der Anschuldigung hervor, wie ich ihn später als Geschworener nie wieder gehört habe, wo arme Teufel munter ins Zuchthaus geschickt wurden. Der Staatsanwalt jedoch fand die Zeugenaussagen nicht bestimmt genug und weigerte sich, Klage zu erheben. Um diese Zeit hörte ich von einem angesehenen rheinischen Juristen in einer sehr respektablen Gesellschaft unangefochten den Grundsatz aussprechen: daß ein Staatsanwalt aus Rücksicht auf die Gesellschaft wohlwollend, die Spur eines Verbrechens in höheren Gesellschaftskreisen nur dann zu verfolgen, wenn er wegen zu großer Publizität nicht mehr anders könne. Das sei gerade der Vorzug der Einrichtung der Staatsanwaltschaft, daß der öffentliche Ankläger auch ein Verbrechen ignorieren könne, wenn ihm dies zur Vermeidung von Aufregung nützlich erscheine. Es sei wichtiger, die Autorität von Beamten und Notabeln ungeschwächt zu erhalten, als eine Tat ans Licht zu bringen, über die vielleicht schon Was gewachsen sei.“

Später, bemerkt Lange, habe er eine ganze Reihe von Fällen erlebt, wo Verbrecher, die im Zuchthause sitzen würden, wenn sie arm und ohne Einfluß wären, ihre Rolle in der Gesellschaft unangefochten weiterspielten, und von der Gesellschaft nicht allein geduldet, sondern mit Achtung behandelt wurden. Der konservative Teil der Gesellschaft aber (und die meisten sogenannten Liberalen gehören mit dazu) verhält sich nicht nur tatsächlich so, sondern grundsätzlich, wenn man auch diese Grundsätze nicht immer offen ausspricht.“

Es ist aber mit einem offenen Aussprechen dieser Grundsätze und deren Konsequenzen gleichbedeutend, wenn es geschieht — und es geschieht ja so oft, ja in stetig wachsender Menge — daß Mitglieder der besseren und besten Gesellschaft, sogenannte „Standespersonen“, wegen schwerer Verbrechen äußerst milde beurteilt werden, eine Erscheinung, die besonders bei Beamten und Militärpersonen häufig zu beobachten ist. Geringe Strafen, die in keinem Verhältnis zu der Schwere des begangenen Verbrechens stehen; Milderung dieser geringen Strafen und schließlich Begnadigung. Man ist von vornherein bemüht, diese Verbrechen in möglichst mildem Lichte erscheinen zu lassen; Entschuldigungsgründe für den Verbrecher zu finden: „Aber die bessere Artseifer“, „schwer verletztes Ehrgefühl“, „krankhafte Reizbarkeit“ usw. usw. Die vornehme Dame, die sich an fremdem Gut vergreift, leidet an „Mephitomanie“; der arme Teufel, der, von der Not gebrängt, stiehlt, ist ein „Auswurf der Menschheit“, den die ganze Strenge des Gesetzes treffen muß. Die arme Dienstmagd, die in der Verzeßlung ihr Kind tötet, kommt ins Zuchthaus; die „börnehme“ und reiche Ständesbörnerin aber wird freigesprochen, weil sie bei Begehung der Tat „geistig unzurechnungsfähig“ gewesen.“

Mit brutaler „sittlicher Entrüstung“ weisen gewisse Moralisten der „besseren und besten Gesellschaft“ so oft darauf hin, daß die unteren Klassen nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig den größten Beitrag zur Kriminalität liefern, womit bewiesen werden soll, daß die Moralität dieser Klassen „tief unter der der oberen Klassen steht“. Entsetzliche Heuchelei. Drei Umstände sind es, welche das Ueberwiegen der Kriminalität der unteren Klassen bedingen:

- 1. Die Armen können sehr oft in Lagen, wo sie berechtigten Bedürfnissen nur mit Verletzung der Gesetzgebung genügen können. Der Hungernde stiehlt, raubt, bestiehlt, um sich zu sättigen.
- 2. Ihr Proletariat, der Kampf um Dasein, der Zwang der Not, bringt sie in unangenehme Konflikte mit der Polizei und dem Gesetz, Konflikte, die für die Begüterten gar nicht existieren.
- 3. Ganz naturgemäß gehören die unter den bestehenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einrichtungen schwer Leidenden Arbeiter einer Partei oder Or-

ganisation an, welche sich den Kampf gegen diese Einrichtungen zur Aufgabe gemacht hat. Da kommen dann die von den Strafgesetzen verpöndeten, oft ganz willkürlich von der Justiz konstituierten politischen Vergehungen und sonstige Delikte, die auf dem Gebiete des Interessentampfes liegen, „Streitverbrechen“ usw. usw., auf die Tagesordnung. Mit schonungsloser Härte werden diese Vergehungen, dem Verlangen der herrschenden Klassen entsprechend, geahndet; da gibt es keine mildernden Umstände, da müssen „warnende und abschreckende Exempel statuiert werden“. Ohne Rücksicht auf die Motive und die begleitenden Umstände, entsetzliche hohe Erregung usw., werden die „Verbrecher“ dieser Art verurteilt zu den höchsten Strafen.

Alle diese Gefahren, in Konflikt mit dem Gesetz und dem Strafrichter zu geraten, existieren für die herrschenden Klassen nicht; sie können allen ihren Bedürfnissen, allen ihren Wünschen und Hoffnungen, auf geistlichem Wege genügen, und sie erfahren dabei, besonders wenn es gegen die Arbeiter, d. h. gegen den „Amstutz“ geht, noch die direkte und ausgiebige Hilfe der öffentlichen Gewalt. Sie scheuen über die „Streitverbrechen“, über den „Mißbrauch des Koalitionsrechtes“, und die Polizei und Justiz schreiten dagegen ein. Getreulich folgt die Rechtspflege den willkürlichen Anschuldigungen der herrschenden Klassen und liefert die „Rechtsgrundlagen“ dafür. Das läßt von Fall zu Fall sich nachweisen. Die „Verbrecher“ der „Erpressung“ durch Arbeitsentziehung oder Androhung derselben, das Streikpostenführen usw. usw. sind aus diesen Anschuldigungen erwachsen. — Aber trotzdem und allem gibt es noch der Behauptung gewisser Ordnungspolitiker keine Klassenjustiz!

Wirtschaftliche Rundschau.

Kursabstufung der Bankaktien — Die Wirkung der Dumaauflösung — Abwärtstrend der Metallpreise — Der Getreidemarkt.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob von der Börse und dem Leihkapitalmarkt aus auch die Industrie allmählich härter in Mitleidenschaft gezogen werden sollte. Ein dauerndes Nebeneinanderhalten von Börsendruck und Börsenpanik neben hoffnungsreicher Industriestimmung ist bei der heutigen engen, unlöslichen Verflechtung aller Wirtschaftskreise überhaupt kaum denkbar; und außerdem kann sich keine kapitalistische Produktion ununterbrochen ausdehnen und sich auf dem Höchststand unterhalten.

Schon die Beeinflussung unserer großen geliebten, für industrielle Erweiterungen, Verschmelzungen und Neugründungen unentbehrlichen Banken durch den drohenden Börsendruck muß sich allmählich in einer ungünstigen Beeinflussung der Industrie fortbilden. Die Großbanken haben aber in der letzten Zeit in der Tat stark in ihren Kursen und in ihrem ganzen Ansehen gelitten. Wie immer, haben dann, zum Schaden der Banken, auch bloße Gerüchte über verkehrte oder vor dem Krauch stehende große Bank sich in der letzten Woche und im letzten Monat — wie in Berlin die Nachrichten über die Zahlungsschwierigkeiten des vierverzweigten Hotel- und Restaurant-Nischenbetriebs „Waldinger“ und über die Folgen für die, hiermit hauptsächlich finanziell zusammenhängende Großbank. Insofern, nicht die katastrophalen Zusammenbrüche sind es, unter denen die Banken schon leiden oder zu leiden fürchten müssen. Die Verluste, von denen unsere Banken mehr und mehr bedroht sind, wurzeln vielmehr in dem starken Weggang von Aktien und Wertpapieren aller Art, die sich zusehends weiter entwerteten, und in den fortwährenden Abschlüssen (in den übernommenen Beteiligungen bei neuen industriellen Unternehmungen, bei Anleihen usw.), deren Last man nicht abstützen kann, solange die Kaufkraft und das Mißtrauen an der Börse nicht weichen oder sich sogar, wie abermals seit Anfang Juni, verschärfen. Die dreifache Zentralgenossenschaftsliste, als haaltlicher Betrieb mit immerhin scharf abgegrenzten Geschäftsnormen, hält nur sehr sichere und vertrauenswürdigere Papiere in ihrem Besitz; trotzdem mußte sie davon, nach ihrem per 1. April 1907 abgeschlossenen Jahresbericht, nicht weniger als 1/2 Millionen Mark als Verlust abschreiben. Wie mag es, fragt man sich unwillkürlich, bei den anderen Banken ausfallen, die auf viel zweifelhafteren Wertpapieren schlafen? Die Kursniedergänge sind deshalb nicht übersehend. Die Deutsche Bank notierte im Frühjahr 1906 noch zeitweise über 247, am 1. Juni d. J. stand sie bereits nur noch 224,25, am 14. und 15. Juni 218 und 219,40. Für die anderen Banken lauten die gleichen Ziffern (Schlußkurs für 1906, Kurs 1. Juni, Kurs 14. und 15. Juni): „Diskontobank“ 194,60, 169,50, 165/166 — Berliner Handels-Gesellschaft 175, 161,02, 147,50 und 149 — Dresdener Bank 167, 141,02, 135 und 135,60 — Darmstädter Bank 151,40, 129,80, 127,50 und 127,10. Obwohl es die Banken in erster Linie sind, die, um einem gefährlichen Umfingreifen des Pessimismus vorzubeugen, jedes Geld sofort zuzustoppen suchen, sind doch in den letzten Wochen eine ganze Reihe von Anleihen nicht zu verhindern gewesen, und zwar noch mehr als in Deutschland in London und Glasgow, in Frankreich, Belgien und Italien. Sogar Ägypten macht in höchstmoderner Weise seine Börsen- und Kreditrisiko durch, nachdem eine wilde Spekulation in städtischen Terrains und Landbauflächen, in Grubnungen und Baumwolle vorangegangen war.

Zu allen beunruhigenden Faktoren ist nunmehr (am 15. Juni, Abends) noch die Auflösung der russischen Duma getreten. Die Berliner Börse rechnete damit, nach den vorangegangenen Petersburger Meldun-

gen, schon gestern, am Sonnabend. Bezeichnend ist jedoch, daß der Eindruck viel geringer war, als bei der Auflösung der ersten Duma vor fast genau elf Monaten. Damals kürzten die Kurse der russischen Anleihen um etwa 5 pSt.; diesmal verlief die (hauptsächlich am Berliner Spekulationsmarkt gehandelte) vierprozentige Anleihe von 1902 1 pSt., die sonstigen russischen Anleihen sogar durchschnittlich nur 1/2 bis 3/4 pSt., die Eisenbahnprioritäten meist 3/4 pSt. Der russische Rubel zeigt sich vollends fast unerschütterlich. Es bleibt abzuwarten, ob diese Gleichgültigkeit verschwindet, wenn erst die näheren Umstände und die Folgen des Regierungsschrittes für die europäische Finanzlage deutlicher zu überblicken sind. Diese steht längt, nach einigen liberal-oppositionellen Anwandlungen, innerlich auf Seiten der russischen Regierung; andererseits ist sie bei der jetzigen Börsekonjunktur gerade kein Freund gewogener politischer Unternehmungen, deren Ende schwer abzusehen ist.

Außer in den Bankkursen kam die gedrückte Stimmung in der ersten Junihälfte in den Rohstoffpreisen, in erster Linie in den Preisen der Metalle, zur Geltung, jedoch immer wieder mit Schwankungen nach oben. An der Düsseldorf-Montanproduktionsbörse kam es zu Preisermäßigungen. Gleich darauf erfolgte ein Rückgang der amerikanischen Rohstoffpreise und eine starke Erschütterung der Glasborer Rohstoffmärkte. Selbstverständlich spielt hierbei das fortgesetzte „teure Geld“ wesentlich mit; Hausseparteien können viel weniger als sonst daran denken, durch Aufnahme und Verlängerung von Krediten ihre Stellung aufrecht zu erhalten; sie müssen rascher als sonst die Warenmengen, die sie in ihrer Gewalt haben, losmachen und in Geld umsetzen. Jede Kreditvermehrung wirkt an sich eine gewisse Tendenz zur Gerabridung der Effektenkurse und der Warenpreise, nur daß bei den Kursen diese eine Tendenz schon lange offensichtlich überwiegt, während bei den Warenpreisen die günstigen Gegenströmungen fast stets noch die Oberhand behalten. Immerhin scheint die Lage des Geldmarktes allein zur Erklärung der letzten Preisrückgänge nicht mehr hinreichend. Und eine um sich greifende Waise-Kimmung ist auch hier immer schon an sich ein gefährlicher Faktor; in Erwartung weiterer Preisermäßigungen halten die Käufer und Verbraucher mit Besügen und Bestellungen zurück und der Stein kommt auf solche Weise immer schneller und unaufhaltsamer ins Rollen. Doch sind das für den Augenblick alles nur Möglichkeiten und Vermutungen. So hat sich der — zweifellos vorher enorm hohe — Kupferpreis nach einem starken Rückschlag im Anfang des Juni zusehends gegen Mitte des Monats wieder erholt.

Ganz unklare Verhältnisse herrschen nach wie vor auf dem Getreidemarkt. Das einzige, was man einigermaßen mit Wahrscheinlichkeit behaupten kann, ist: daß der Höchstpunkt der Preise wohl überschritten ist. Und zwar finden wir für Weizen am 1. Juni; seitdem ist hier ein Herabfallen eingetreten bis auf 201 für die Tonne Weizen und 198 bis 200 für Roggen. Chicago-Weizen und Liverpool-London zeigen gleichfalls schon geraume Zeit diese Wiederabwärtsbewegung. Einmal schätzte man die aus alter Erde noch verfügbaren Vorräte höher als bisher; in Nordamerika sollen die hohen Preise übersehene, bisher unsichere und nicht-ermutete Abfertigungen der Farmer hervorgerufen haben; Argentinien soll nach dem Ende des Erntebausstands seine Exportleistungsfähigkeit erst voll entfalten. Ferner ist die Schätzung der heranreifenden Erntemengen günstiger geworden. Die mit Dürre bedroht gemessenen Gebiete Südamerikas, der Donauländer, Ungarns und der Vereinigten Staaten haben Regen erhalten. In den Donauländern sollen nach neueren Berichten die Maisfelder sogar glänzend stehen, und da dort der Mais (ähnlich wie bei uns die Kartoffeln) den Weizen und Roggen als Nahrung ohne Schwierigkeiten ersetzt, so würde selbst eine geringere donauländische Ernte in unseren Provinzen den Export nach dem Weltmarkt noch nicht besonders eingeschränken brauchen. In Deutschland, schreibt die „Wolfsche Zeitung“, haben sich die Ernteaussichten im Durchschnitt befriedigender gestaltet. Von Weizen ist die Winterernte, soweit sie nicht ungesegnet wurde, in vielen Gegenden weit besser entwickelt, als man vorher erwartet hatte; der Sommerweizen aber, der als Ersatzfrucht für einen großen Teil der umgedeckten Fläche diente, steht ebenso wie alle übrigen Sommerfrüchte sehr aussehtreich, und nicht minder bieten die sehr gut ausgegangenen Kartoffeln vorläufig in keiner Weise Anlaß zu Ausstellungen. Roggen hat eine gute Witterung durchgemacht und ist zum Teil wohl noch darin; das Urteil über seinen Stand hat sich im allgemeinen verbessert, lautet in vielen Distrikten der östlichen Produktionsgebiete sogar direkt gut.“

Berlin, 18. Juni 1907. Mag Schippel.

Politische Ansjahn.

Ein Minister als „Wähler“. Der kürzlich verordnete ehemalige badische Staatsminister Freier v. Roggenbach hat im März 1906 an einen jüngeren Politiker einen Brief geschickt, worin er die Regierungskunst, wie sie im Deutschen Reich gepflegt wird, wie folgt charakterisiert:

„Wir haben im Reich drei Elemente, welche einer normalen politischen Entwicklung fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen. Die sind in erster Reihe die Prävention des persönlichen Regiments der preussischen Krone, die sie unter dem tügerischen Schutze einer Partei, Konfession und eines gefälligen, unwahren, konstitutionellen Regierungssapparates schließt. Diese Prävention schließt die Verantwortung und damit die Charakterbildung politischer Minister vor jeder eigenen, mit mächtigen Parteien geteilter Ueberzeugung aus. Ist aber diese Betätigung einer ministeriellen Ueberzeugung nicht möglich, so fällt für die parlamentarischen Parteien, welche die gleiche Ueberzeugung teilen und den verantwortlichen Minister mit ihrem Votum stützen, jede eigene Verantwortung weg, und deren parlamentarische Tätigkeit sinkt auf das Niveau mühsigen Gezebes, von dem gesagt werden muß: die Luft hat es erschüttert, sonst nichts gerichtet. Wer aber befreit uns von dieser Prävention des persönlichen Regiments in Preußen,

* Nachauslesen in der Lebensbeschreibung Fr. Alb. Langes von O. A. Gliffert, Leipzig 1894, S. 177.

Rheinland: Aachen (Streik), Heiligenwald b. Trier (Sperr...

Hessen und Waldeck: Rinteln, Wildungen, Allendorf a. d. Werra, Rüdeseim, Gernsheim (Streiks), Goisenheim (Sperr...

Baden-Pfalz: Neustadt a. d. Haardt, Wiesloch, Eberbach, Bieberach, Gengenbach, Zell, (Streiks), Roxheim...

Elsass-Lothringen: Kehlhausen, St. Ludwig (Streiks), Strassburg (Sperr...

Bayern: Selb (Sperr...

Schweiz:

Basel, Bern, Bülaach, Olten:

Oesterreich:

Bensen, Brannau in Böhmen, Budweis, Dux, Kojeteln, Neudeck, Zwicken, Weisswasser, Haida (Streiks);

Ungarn:

Pressburg (Aussperrung).

Arbeitslosigkeit ist in Rortorf, bei 50 1/2 Stundenlohn.

Achtung! In Meiningen treibt sich ein Maurerpolter Ferdinand Colombo herum. Er wohnt in Meyschlön und hat eine Kolonne Italiener als Streikbrecher nach Meiningen gebracht.

Berlin.

Wenn die Anordnungen des Verbandes der Baugeschäfte befolgt worden sind, so hat sich mit dem 1. Juli eine für die Streikenden folgenschwerere Wendung vollzogen: die Unternehmer haben alle Bauten mit 'Arbeitswilligen' besetzt...

In Rantzen über den 'günstigen' Stand der Aussperrung hat es der Verband der Baugeschäfte auch in der verfloßener Woche nicht fehlen lassen.

Der Kampf gegen die 'Arbeitswilligen' selbst heranzuziehen. Mindestens sieben Anordnungen, Verfügungen, Aufstellungen und Unterweisungen haben sie schon unterzeichnen müssen...

Neben dem Verband der Baugeschäfte von Berlin hat auch der Vorstand des Bundes für das ganze Reich seinen starken Finger erhoben...

Die aus allen Ecken des Reiches heute versammelten Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sprechen den Berliner Sachgenossen und ihrer Vertretung, dem Verband der Baugeschäfte von Berlin...

Die aus allen Ecken des Reiches heute versammelten Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sprechen den Berliner Sachgenossen...

Die aus allen Ecken des Reiches heute versammelten Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sprechen den Berliner Sachgenossen...

Die aus allen Ecken des Reiches heute versammelten Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sprechen den Berliner Sachgenossen...

Die aus allen Ecken des Reiches heute versammelten Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sprechen den Berliner Sachgenossen...

Die aus allen Ecken des Reiches heute versammelten Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sprechen den Berliner Sachgenossen...

Die aus allen Ecken des Reiches heute versammelten Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sprechen den Berliner Sachgenossen...

auf dem Weltmarkt die Lasten unserer sozialen Gesetzgebung kaum noch zu tragen vermag und durch eine weitere Einschränkung der Produktionsverhältnisse einen 'schweren' zu überwindenden Schlag erleiden müßte.

Zum Wohle der deutschen Volkswirtschaft ist deswegen auf das eifrigsten zu wünschen, daß es den Bauarbeitgebern Groß-Berlins in ihrem sozialen und operativen Abwehrkampf gelingen möge, das sozialdemokratische Prinzip des Achtstundentages zurückzudrängen...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden, wenn diese Zeiten schon gedruckt sein müssen.

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Ueber die Zahl der den Verbandsmeistern zur Verfügung stehenden 'Arbeitswilligen' läßt sich in dieser Nummer unseres Blattes noch nichts berichten; sie kann erst annähernd richtig festgestellt werden...

Table with 4 columns: Item, 17 Juni, 22. Juni, 29. Juni. Rows include 'Im Streit befangen sich am', 'vom Zentralverband', 'von der Freien Vereinigung', 'von der Christl. Organisation', 'Zusammen'.

Nach dieser Aufstellung berechnigt der Stand der Bewegung zu den besten Hoffnungen; der achtzehnhalbändige Arbeitstag ist nicht mehr zurückzudrängen. Das Ende des Kampfes läßt sich jedoch noch nicht absehen.

Kontraktbruch.

Es wird den Arbeitern immer sehr schwer angekreidelt, wenn sie ohne Aushaltung der Vertrags- oder gegenseitigen Klüßigungsfrist die Arbeit verlassen. Man erwidert sich wohl noch der Debatte, die anlässlich des großen Vergarbeiterstreiks im Reichstage und in der Presse gepflogen wurden.

Wir sind gespannt, zu erfahren, was sie zu dieser Aufforderung zum Kontraktbruch sagen:

Bremen, 20. Juni 1907.

An unsere Mitglieder! Da uns immer wieder mitgeteilt wird, daß streikende Leute aus Delmenhorst bei unseren Mitgliedern beschäftigt werden, eruchen wir Sie dringend...

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Das ist eine bürre Aufforderung zur Uebertretung der Gewerbeordnung. Und bei der straffen Organisation der Bremer Unternehmer kommt diese Aufforderung einem Zwange gleich.

Table with 4 columns: Datum der Kontrolle, Insgesamt (Bauten, Maurer), Der Tarif ist anerkannt (auf Bauten, mit Maurern), Der Tarif ist nicht anerkannt (auf Bauten, mit Maurern). Rows for 12. Juni and 26. Juni.

Table with 4 columns: Datum der Kontrolle, Affordanten (Bauten, Maurer), Davon mit 1/2 Stunden (Bauten, Maurer), Rest der Mitarbeiter des Verbandes (auf Bauten, mit Maurern). Rows for 12. Juni and 26. Juni.

Table with 2 columns: Item, 17. Juni, 22. Juni, 29. Juni. Rows include 'vom Zentralverband', 'von der Freien Vereinigung', 'von der Christl. Organisation', 'Zusammen'.

Die Zahl der Kollegen, die am 22. Juni im Besitze von Arbeitsberechtigungskarten waren, beträgt 4125. Dagegen wurden am 26. Juni nur 4064 Kollegen 'vorgefunden'.

frühere Argument der Herren Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr stichhaltig ist, indem den auf den Werften beschäftigten Arbeitern vom 1. Oktober d. J. ab die neunzehnstündige Arbeitszeit zugelassen ist. Die Versammelten sind darum der Meinung, daß schon jetzt Verhandlungen stattfinden können und beantragen die Lohnkommission, diese Resolution dem Arbeitgeberverband des Baugewerbes an der Unterwerfung zu unterbreiten und um Verhandlungen nachzusuchen. Man muß nun also erst abwarten, welches Ergebnis die weiteren Bemühungen der Lohnkommission haben werden.

Gau Danzig. In Königs wurden anfangs Juni von unseren Kollegen gemeinschaftlich mit den Zimmerern und Bauhilfsarbeitern Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung eingereicht. Zugleich mit der Zustellung der Forderungen wurden die Unternehmer ersucht, wegen einer gegenseitigen Vereinbarung mit den Vertretern der in Frage kommenden Organisationen in Verhandlungen einzutreten. Die Zimmerer sowie die Bauhilfsarbeiter erhielten von den Unternehmern keine Antwort. Die Maurer wurden zu Montag, den 17. Juni, zu einer Verhandlung eingeladen. Mit dem Vertreter des Bauvorstandes, sowie mit den Bevollmächtigten des Zweigvereins wollten die Unternehmer jedoch bei der Verhandlung nichts zu tun haben. Die Unternehmer hatten sich die Maurer, denen sie die Ehre erwiesen, mit ihnen zu verhandeln, selbst ausgesucht und eingeladen. Da nun diese von den Unternehmern auszuwählenden Kollegen Mitglieder des Zweigvereins sind, so hatten wir es in der Hand, zu bestimmen, ob wir uns unter solchen Umständen überhaupt an der Verhandlung beteiligen wollten. Wir haben uns aus vielerlei Gründen entschieden, unsere Kollegen an der Verhandlung teilnehmen zu lassen. In der Hauptsache war es uns darum zu tun, zu erfahren, welche Stellung die Unternehmer überhaupt zu den gestellten Forderungen einnehmen. Im vorigen Jahre hatten die Unternehmer aus ganz wichtigen Gründen die Maurer 37 Wochen lang ausgesperrt, um durch diese Aussperrung unsere Organisation zu zerstören. Das Glück, dies zu erreichen, war jedoch den Herren nicht beschied. Gerade das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigten, ist eingetreten. Innerlich gestiftet und zu noch größeren Opfern für die Organisation und die eigene Verbesserung bereit, haben die Kollegen diese Aussperrung überstanden. Durch die Teilnahme an der Verhandlung sollte auch festgestellt werden, ob die Unternehmer ebenfalls die richtigen Konsequenzen aus der zu ihrem Nachteil verlaufenen Aussperrung gezogen haben. Es war jedoch unmöglich, in der Verhandlung diesbezügliche Feststellungen zu machen. Der Unternehmer Herrmann, der den Vorstoß führte, war ersichtlich bemüht, jeder vernünftigen Gedanken auch dann, wenn ein solcher von seinen eigenen Kollegen kam, von der Erörterung auszuscheiden. Jegend welche Zugeständnisse bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit sind denn auch von den Unternehmern nicht gemacht worden, es wurde vielmehr erklärt, daß ihrerseits niemals eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligt würde. Dagegen waren sie bereit, für dieses Jahr 2 1/2 pro Stunde zuzulegen. Diese Lohnzulage sollte aber nur den Gesellen gewährt werden, die die Unternehmer damit beglücken wollten. Ein Vertrag sollte ebenfalls abgeschlossen werden, aber nur bis zum 31. Dezember d. J. Da unsere Kollegen in ihren Forderungen auch Anspruch auf vernünftige Baubeden und Aborte machten, so war auch dieser Punkt Gegenstand der Diskussion. Der Unternehmer Herrmann sagte hierzu: „Was Baubeden wollen die Herren auch nach haben? Das verheißt ich überhaupt nicht.“ Er hätte im vorigen Jahre Arbeit auf dem Lande gehabt, die hierbei beschäftigten Maurer hätten da als Baubeden den Schweinefall benutzt, Maurer hätten da als Baubeden den Schweinefall benutzt und auf sein Verlangen, wie sie sich darin gefühlt hätten, sei die Antwort erfolgt: „Ganz gut.“ Welches Gefühl der Bekandlung unsere Kollegen dem Unternehmer Herrmann gegenüber ob so viel Brutalität und Gewisslosigkeit bezeugt, kann man sich denken. Ob auch die dem Herrmann darauf gegebene Antwort die richtige war, soll dahingestellt sein. Herrmann hat hierbei auf jeden Fall offen ausgeprochen, was heute noch ein sehr großer Teil der Unternehmer im Baugewerbe denkt. Man bedenke aber, daß die Maurer, die sich hier im Schweinefall angeblich wohl fühlten, keine organisierten Maurer, sondern Streikbrecher waren, die die Unternehmer wegen der vorjährigen Aussperrung herangeholt hatten. Da ja doch nach Ansicht unserer bestehenden Klassen und aller Feinde der modernen Arbeiterbewegung die Arbeitswilligen zu den nützlichsten Gliedern der Gesellschaft gerechnet werden, so sollte man aber doch diese Elemente auch in Königs und Umgebung besser behandeln und nicht in Schweinefälle sperren. Vielleicht erhält Herr Unternehmer Herrmann von zukünftiger Seite hierüber etwas Belehrung. Ein Mensch, der so zehet und handelt, zählt sich heute noch zu den Gebildeten und erhebt Anspruch darauf, von seinen Arbeitern, ja sogar von seinen Kollegen, als solcher betrachtet zu werden. Wir haben hierzu nichts mehr zu sagen. Da am Schluß der Verhandlung von einigen Unternehmern gewünscht wurde, daß der Königer Maurer mitgeteilt werden soll, daß die gewollt seien, den Lohn um 2 1/2 pro Stunde zu erhöhen, so wurde weiter bestimmt, daß Dienstag, den 25. Juni, eine zweite Verhandlung stattfinden soll. Diese Verhandlung, die den Zweck haben sollte, auf der Grundlage einer Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde bis zum 31. Dezember d. J. einen Vertrag zu schließen, fand denn auch statt. Die drei in Frage kommenden Organisationen hatten sich vorher geeinigt, daß die zweite Verhandlung nur stattfinden solle, wenn die Unternehmer mit den Vertretern der Organisation verhandeln wollten. Auch sollte gefordert werden, daß die Unternehmer ebenfalls mit den Zimmerern und Bauhilfsarbeitern verhandeln. Wir schieden deshalb diesmal vorläufig nur einen Kollegen zur Verhandlung. Nachdem dieser eine Erklärung in dem erwähnten Sinne abgegeben hatte, erklärte Herr Herrmann die Sache für gescheitert und schloß die nicht eröffnete Sitzung. Augenzeugen konnten feststellen, daß ein Teil der anwesenden Unternehmer mit dem Vorgehen Herrmanns nicht einverstanden war. Ob sie dagegen protestiert haben, war leider nicht festzustellen. Wir waren uns aber im Augenblick klar, wo wir „einen Nagel einschlagen konnten“.

Wir haben es getan; der Nagel sitzt fest. Da wir wußten, daß einige Unternehmer mit dem Vorgehen Herrmanns nicht einverstanden waren, so haben wir diese an anderen Tage einzeln aufgesucht. Zu unserer Freude konnten wir feststellen, daß diese Herren Verständnis für vernünftige gegenseitige Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zeigten. In einer zweifelhafte Aussprache, an der die Bauvorstände von drei in Frage kommenden Gewerkschaften und andere Kollegen der drei Organisationen teilnahmen, wurde man sich einig, auf welcher Grundlage die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt werden sollten. Es sollte ein Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen werden. Im Anschluß hieran arbeitete jede Organisation entsprechend den getroffenen Vereinbarungen ihren Tarif aus und Abends 7 Uhr kam man wieder zusammen. Nachdem die Unternehmer beschlossen hatten, mit den Organisationen auch ohne Herrmann einen Arbeitsvertrag abzuschließen, wurden von ihnen die vorgelegten Verträge unterschrieben. Daß unter solchen Umständen nicht die ganzen Forderungen zu erreichen waren, ist wohl zu begreifen. Die Maurer hatten zehn Stunden und 45 1/2 gefordert, die Zimmerer zehn Stunden und 43 1/2, die Bauhilfsarbeiter zehn Stunden und 80 1/2. Erzielt sind für Maurer und Zimmerer für dieses Jahr bei elfstündiger Arbeitszeit 42 1/2 Stundenlohn, für die Hilfsarbeiter 27 1/2. Vom 1. April 1909 an erhalten Maurer und Zimmerer bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit 44 1/2, die Hilfsarbeiter bei derselben Arbeitszeit 29 1/2 Stundenlohn. Vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 erhalten Maurer und Zimmerer 46 1/2 und die Hilfsarbeiter 31 1/2 Stundenlohn bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit. Die Zimmerer haben bei der Bewegung am besten abgeschnitten. Nicht man die oben geschilderten Zustände in Betracht und rechnet man mit der Tatsache, daß gerade in unserer Gegend, hauptsächlich auf dem Lande, noch 12 bis 13 Stunden pro Tag bei sehr geringem Lohn gearbeitet wird, allerdings nur, weil da keine Organisationen vorhanden sind, so ist der Erfolg, trotzdem für alle Beteiligten annehmbar. Wir wollen aber auch den moralischen Erfolg der hier erzielten ist nicht zu niedrig schätzen. Durch rasche Tätigkeit der Mitglieder der drei in Frage kommenden Verufe für die Ausbreitung und innere Festigung der Organisationen wird es möglich sein, nach Ablauf dieses Vertrages weit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Das Geschick des Herrn Herrmann bleibt selbstverständlich für alle drei Verufe solange gesperrt, bis auch er die Verträge unterschrieben hat.

Gau Dortmund. Am 22. Juni konnte die Sperre des Zweigvereins Bochum über die Firma Somborg, Waisfelle Schulz Hobel in Hofstede, wieder aufgehoben werden. In den Verhandlungen wurde eine Lohnverhöhung von 5 1/2 zugesprochen, so daß der Lohn bei den Dienarbeitern 60 1/2 beträgt. Es ist dies ein wesentlicher Fortschritt, der ebenfalls dazu beitragen wird, daß sich auch die Fabrikarbeiter endlich aufrufen und denselben Lohn fordern werden, wie er dort jetzt gezahlt wird. Letztere erhalten jetzt nur für dieselben Arbeiten M. 4,70 Tagelohn. Es wäre jedenfalls noch mehr erreicht worden — Streikbrecher waren nur zwei vorhanden — wenn nicht einige Gelehrte, die vor dem Streik dort gearbeitet hatten, schon auf dem Sprunge standen, um „arbeitswillig“ zu werden. Andere ihnen nachgewiesene Arbeit lehten sie ab und wollten obendrein noch Unterstützung haben. — Die Sperre über S. W. Inge n e l b ist vorläufig bedeutungslos, da W. zur Zeit keine Arbeiten ausführt.

Gau Dresden. Der Streik in Oberneutrich steht sehr günstig. Von den 70 Kollegen, die die Arbeit niedergelegt, sind 55 anderweitig untergebracht, es sind also nur noch 15 Streikende zu unterstützen. Den Unternehmern scheint die Sache etwas langweilig zu werden, denn sie suchen nach Hilfe. So hatten sie in der Janung den Beschluß herbeigeführt, die ganzen organisierten Maurer des Bezirkes rechtlich auszusperren. Diese Maßregel sollte am 19. Juni ausgeführt werden. Es ist ihnen aber nicht gelungen. Die Unternehmer Winkler, Kentsch und Sperling denken gar nicht daran, einen Rest auszuführen, den die Nachbeter- und Klemmermeister mit geschafft haben. Es ist nur zu verwundern, daß der Herr Obermeister Wed nicht auch noch die Bäder- und Schulmeister zusammenruft, um der aufwässigen Maurer Herr zu werden. Wed quält sich im Schwelme seines Angehies, durch alle möglichen Publikationen die verlorene Sache der Unternehmer zu retten; es hilft aber nichts. Weber sein Geschimpf, daß der Streik die Folge der „Massenverehrung“ sei, noch die umhergeschickten schwarzen Listen machen irgend welchen Eindruck. Hoffentlich kommt auch er samt seinen Anhängern bald zu der Ueberzeugung, daß ein ehrlicher Frieden diesen Kampf vorzuziehen ist, bei dem für ihn doch nichts mehr gewonnen werden kann.

Gau Frankfurt a. M. Der Radesheimer Streik, der nun schon acht Wochen dauert, geht seinem Ende entgegen. Es ist in wenig Tagen möglich, alle Kollegen zu einem Stundenlohn von 46 1/2 in Arbeit zu bringen. Die Hauptstarfuader in Mittelheim weigern sich zwar noch wie vor, diesen Lohn zu zahlen, und sie sind es auch, die die Unterhandlungen hindern, aber, sobald solche stattfinden, daß für sie kein Verlust ist, werden sie sich nicht weigern. Aber dieses Spiel ist erfräglich, die Herren haben wenig Arbeit. Die Einheitsvolleren einigen sich nun mit der Organisation.

In Cöln a. S. bestehen noch immer einige Schwierigkeiten mit einigen Unternehmern. An erster Stelle ist es der frühere Vorsitzende der Unternehmerversammlung, der noch immer nicht lassen kann, daß andere Zeiten gekommen sind, im Maurergewerbe, die es dem einzelnen Unternehmer nicht gestatten, den Lohn nach seinem Geschmack zu regeln. Mit ihm birhte aber auch die Organisation nicht fertig werden. Bei der großen Mehrheit der Unternehmer hat sich die Neueregung glatt vollzogen. Einmal größer fühlten die Schwierigkeiten in der Umgebung zu werden. Fast überall besteht noch die elfstündige Arbeitszeit und auch die Lohnunterstützung ist sehr groß; ein wirklicher Klassenlohn. Um lebendigen sind die Kollegen in Neuwied, Wallendar, Ober- und Maderlabrakte im Gesehen, und es muß in nächster Zeit ernsthaft der Versuch gemacht werden, eine Regelung vorzunehmen. Es besteht wohl kaum noch Zweifel, nachdem in Cöln ohne jeglichen Konflikt eine Einigung erzielt wurde, daß auch dadurch in der Um-

gebung die größten Schwierigkeiten überwunden sind. Sorgen die Kollegen dafür, daß alle der Organisation angehören, dann werden die Unternehmer lernen, sich mit der Organisation zu verständigen.

Die Bewegung in Oberheffen macht zwar in der letzten Zeit langsame aber doch stetige Fortschritte. Eine Bewegung für ein so großes Gebiet ist nicht leicht, es müssen dabei große Hindernisse überwunden werden. Die Bewegung in Lauterbach ist nach vierzehntägigem Streik erledigt worden. Erzielt wurden in diesem Jahre zehneinhalbstündige Arbeitszeit und 38 1/2 Stundenlohn und ab 1. April 1908 zehneinhalbstündige Arbeitszeit und 40 1/2 Stundenlohn. Die Lauterbacher Unternehmer wurden anfänglich sehr in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt, weil eine Anzahl Maurer aus Salzschlirf und Großenhader, die angeblich der christlichen Organisation angehören wollten, sich zur Streikbrecherei bereit erklärten. Diese Nachkollegen waren bereit, unter allen Umständen den Stillstand aufrecht zu erhalten und drohten mit Arbeitslosigkeit, sobald ihnen die Pflicht auferlegt würde, nur zehn Stunden zu arbeiten. Also für Arbeitszeitverlängerung wollten diese „Christen“ freisteln! Es ist sogar mitgeteilt worden, daß der christliche Organisationsleiter M. d. e. - F. u. b. a. sich bereit erklärt habe, mit den Unternehmern einen Vertrag abzuschließen. Weibent fortgeschrittlicher als alle „Christen“ zusammen zeigte sich die Lauterbacher Polizei. Sie verbot auch den Streikbrechern die Weiterarbeit mit dem Auftrag an ihre Unternehmer, sie möchten sich mit den Streikenden einigen. Die Unterhandlungen fanden sofort statt, an der auch der Lauterbacher Bürgermeister teilnahm. Noch an demselben Tage wurde die Einigung erzielt.

In S. C. H. haben die Kollegen auch einige Tage gestreikt. Leider haben sie dieses Mal nicht die rechte Ausdauer gezeigt. Nachdem die Unternehmer sich bereit erklärt, eine kleine Lohnzulage zu machen, war die Mehrheit der Kollegen dafür, die Arbeit wieder aufzunehmen, was denn auch geschah ist. Die A. S. F. u. B. u. G. Bewegung sieht noch auf demselben Platz. Hartnäckig lehnen die Unternehmer jede Unterhandlung ab.

Gau Götting. In diesem Frühjahr war im ganzen Gau eine ziemlich gute Baukonjunktur vorhanden, was unsere Kollegen veranlaßte, in 23 Zweigvereinen Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Unternehmer zu stellen. Verbesserungen sind bisher ohne Streiks in 13 Vereinen zu verzeichnen.

In W. a. u. c. n. wurde der Lohn durch gegenseitige Vereinbarung um 4 1/2 erhöht, so daß jetzt im Durchschnitt 42 1/2 gezahlt werden, und die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden festgesetzt.

In N. e. u. a. l. z. a. d. D. ist eine Lohnverhöhung um 3 1/2 eingetreten, so daß der Lohn jetzt 33 1/2 beträgt. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

In F. r. e. y. f. r. a. d. ist der Lohn von 32 auf 35 1/2 erhöht und die Arbeitszeit von 11 Stunden auf 10 Stunden festgesetzt.

In O. b. e. r. f. r. i. e. d. e. r. s. d. a. r. f. wurde der Lohn von 32 auf 35 1/2 erhöht und an Stelle der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit die zehnstündige mit Wesperrpause eingeführt. In G. o. l. d. b. e. r. g. betrug die Forderung 40 1/2. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach für dieses Jahr bei elfstündiger Arbeitszeit 37 1/2, im nächsten Jahre bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit 39 1/2 und im Jahre 1909 40 1/2 gezahlt werden.

In W. i. b. e. n. wurde der Lohn von 37 auf 40 1/2 erhöht, auch die Arbeitszeit von 10 Stunden mit den Unternehmern vereinbart. Trotzdem gibt es aber immer noch eine Anzahl Kollegen, die sich nicht an die zehnstündige Arbeitszeit gewöhnen kann, sondern 10 1/2 Stunden arbeiten.

In W. u. n. z. l. a. u. ist die Lohnbewegung auch durch Abschluß eines Vertrages erledigt worden. Die Einzelheiten dieses Vertrages sind bereits in Nr. 20 des „Grundstein“ bekannt gegeben worden.

In W. i. e. s. t. y. einer Zahlstelle des Zweigvereins G. o. r. l. i. z. ist der Lohn von 32 auf 35 1/2 erhöht worden. Die elfstündige Arbeitszeit konnte jedoch noch nicht abgeschafft werden.

In B. e. n. z. i. g. - O. - R., ebenfalls eine Zahlstelle des Zweigvereins G. o. r. l. i. z., wurde der Lohn von 36 auf 38 1/2 erhöht und ebenfalls die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt.

In S. t. b. a. u. war der Erfolg der Lohnbewegung die Erhöhung des Lohnes von 33 auf 36 1/2, aber bei der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit ist es geblieben.

In R. e. u. g. e. r. s. d. o. r. f. fanden bereits im Januar d. J. Verhandlungen betreffs Regelung der Lohnfrage zwischen der Unternehmerversammlung und uns statt. Es kam aber keine Einigung zu Stande. Die Forderung betrug 38 1/2. Die Unternehmer wollten nicht mehr als 36 1/2 geben. Nach wiederholtem Schriftwechsel mit dem Unternehmerverbande ist es endlich soweit gekommen, daß 37 1/2 gezahlt werden; das ist eine Lohnverhöhung gegen das Vorjahr von 3 1/2 pro Stunde. In den Herbst zum Lohngebiet gehörigen Orten G. e. r. s. b. a. d. und G. i. b. a. u. werden 38 1/2 gezahlt. Die Lohnverhöhung beträgt aber dort ebenfalls 3 1/2 pro Stunde.

Im Lohngebiet G. e. r. r. h. u. t., Mitgliedschaft M. e. n. e. r. s. d. o. r. f., hatte sich unsere Organisation in diesem Jahre gut emporzugeschrieben. Der Lohn betrug bisher 30 1/2. Durch die Lohnbewegung wurde ein Stundenlohn von 35 1/2 vom 1. Juli ab erzielt, aber leider verbleibt es auch hier noch bei der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit ohne Wesperrpause.

In A. s. t. e. n. b. e. r. g. haben die Kollegen eine Lohnverhöhung von 37 auf 38 1/2 erreicht. Der Lohnbewegung wurde dadurch ein Stoch verleiht, daß die Kollegen bei einem Unternehmer, der ziemlich viel Arbeit hatte, eine Vereinbarung trafen, wonach der Lohn auf 38 1/2 festgesetzt wurde. Die Forderung betrug ursprünglich für dieses Jahr 39 1/2 und für 1908 40 1/2.

In S. p. r. o. t. t. a. u. lehten die Unternehmer jegliche Verhandlung über die gestellte Lohnforderung von 38 1/2 brüht ab. Nachher hunderten sie sich, daß unsere Kollegen am 19. Mai die Arbeit einstellen, und in den bürgerlichen Ortsblättern konnte man lesen, daß es eine frivole Arbeits einstellen, wie die der Sprattauer Maurer, wofür noch nicht gegeben habe. Der Unlach vom Streik gaben in der Hauptsache aber die Unternehmer selbst; zunächst einmal durch die Verweigerung jeder Verhandlung mit der Gewerkschaft und dann durch die frivolen Lohnangebote in diesem Frühjahr. Es wurde nämlich im vorigen Jahre ein Lohn von 34 1/2 gezahlt, aber bereits im Herbst des vorigen Jahres

wurde dieser Lohn auf 32 s reduziert; und da waag man noch von fröhlicher Arbeitseinstellung zu reden. Der Streik hat sein Ende dadurch gefunden, daß sich die Unternehmer durch die Länge des Streiks zu Verhandlungen gezwungen sahen. Es wurde ein Lohn von 35 s vereinbart, das ist eine Lohnsteigerung, abgesehen von der vorzüglichen Lohnhöhe, von 3 s pro Stunde. Die Arbeit wurde am 24. Juni wieder aufgenommen.

In Schmieberg i. N. wurden Forderungen auf Erhöhung des Lohnes von 34 auf 38 s sowie auf Abschaffung der elfstündigen Arbeitszeit gestellt. Die zehnstündige Arbeitszeit wurde von den Unternehmern bewilligt, nicht aber der Lohn; sie zählten nur 36 s. Es kam darauf am 19. Juni zur Arbeitseinstellung. Diese war allgemein und dauerte 5 1/2 Tage. Vor dem Streik wollten die Unternehmer von der Organisation sowie von der Lohnkommission nichts wissen, erst der Streik brachte sie dazu, mit letzterer zu verhandeln. Es wurde ein Lohn von 37 s für sofort und 38 s vom 15. September d. J. an vereinbart.

In Hayna u. haben die Kollegen einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Es wurde vom 1. Mai an ein Stundenlohn von 40 s gefordert. Die Unternehmer weigerten sich, das zu zahlen und ließen es auf einen Streik ankommen, der am 21. Mai seinen Anfang nahm und am 15. Juni mit vollem Erfolge für die Kollegen beendet wurde. Die geforderten 40 s wurden bewilligt, ein Vertrag soll noch abgeschlossen werden.

Die Unternehmer in Sagan sind mit den Sporkauern in einer Organisation, dem Arbeiterverband, bekenntnis; daher auch dieselbe Prognose wie in Sprottau. Die von unseren Kollegen bereits Ende Dezember u. J. gestellte Forderung, den Lohn auf 40 s zu erhöhen, sowie auch jede Verhandlung darüber, wurde rundweg abgelehnt. Auch kam es auch hier am 2. Mai zur Arbeitseinstellung. Auch während dieser Zeit sahen sich die Kollegen mit dem Vermecken ab, daß sie nicht die Absicht hätten, mit der Lohnkommission oder mit den Gauenleitern in irgend welche Verhandlungen einzutreten. Diesen Standpunkt haben sie nun, nachdem der Streik bereits neun Wochen andauert, aufgegeben. Es sind Verhandlungen im Gange, doch läßt sich daraus noch nicht schließen, wann der Streik seine Erledigung finden wird.

Gau Gumburg. Vom Streik in Segeberg läßt sich nichts Neues berichten. Die Unternehmer helfen sich gegenseitig mit ihren Leuten aus, um die notwendigen Arbeiten fertig zu machen. Die größeren Bauten sollen bis zum nächsten Jahre liegen bleiben. Wenn ihnen dabei nur nicht doch die Zeit etwas lang wird.

Der Streik in Kellinghusen ist beendet. Alle am Streik beteiligten Kollegen haben anderweitig Arbeit bekommen. Die Geschäfte derjenigen Unternehmer, welche die Forderung nicht bewilligten, sollen gesperrt werden. Der Zugang nach Kellinghusen ist bis auf weiteres noch fernzuhalten.

In Schleswig haben in der letzten Woche zweimal Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden; jedoch ist keine Einigung erzielt worden. Die Unternehmer Landsmann & Luba und Aug. Thomsen haben Arbeiten in Sonderburg übernommen. Der zuerst Genannte hat den Bau der Marinekaserne, der zweite das Admiralitätsgebäude fertigzustellen. An beiden Bauten wird die Arbeit in der kommenden Woche eingestellt werden, um die Bewegung in Schleswig zu unterstützen.

In Flensburg ist der Zweigverein zu 2000 Entschädigung an die Maurerinnung nebst Zahlung der Kosten verurteilt worden, weil durch den Streik der Maurer Vertragsbruch begangen sein soll. In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß eine Lohnforderung gestellt werden durfte, trotzdem sei aber Vertragsbruch begangen. Sobald das mehr wie eigentümliche Urteil schriftlich vorliegt, soll es veröffentlicht werden.

In Dorsesholm (Zahlstelle des Zweigvereins Kiel) fand am Sonnabend, den 29. Juni, eine Verhandlung mit den Unternehmern von Boorbe und Dorsesholm statt. An den Verhandlungen nahmen auch die beiden Gauenvorsitzenden der Maurer und Zimmerer teil, sowie die Vorstandsmitglieder der Innung zu Neumünster. Es handelt sich um den Abschluß eines Lohn- und Arbeitsvertrags für beide Orte. Da die Innung zu Neumünster es zu verhindern suchte, daß der Lohn in Dorsesholm höher als in Neumünster steigt, sah vorläufig keine Einigung zu Stande.

Gau Hannover. Die Aussperrung der Bauhandwerker in Celle entstand durch den Ausschluß eines Mitgliedes des Zimmerverbandes wegen rückständiger Beiträge. Da nun niemand mit diesem Ausschluß zusammenarbeiten wollte, wurden die an dem betreffenden Bau beschäftigten Zimmerer entlassen. Die anderen Zimmererweiser stützten sich berufen, ihre Kollegen zu unterstützen und kommandierten von jedem Zimmerlage einige Leute, um den betreffenden Meister aus der Verlegenheit zu helfen. Die organisierten Zimmerer weigerten sich aber, auf diesem Wege, über den selbstverständlich die Sperre verhängt worden war, zu arbeiten. Auf diese Weise wurden sämtliche Zimmerer am 30. April entlassen. Von uns wurde mehrere Male versucht, eine Einigung herbeizuführen; es gelang aber nicht. Es wurden am 6. Juni sämtliche Maurer ausgesperrt. Die Zahl der ausgesperrten Kollegen beträgt 159, wovon 96 verbeiratet sind. Viele Kollegen sind abgereist; am Orte sind nur noch 33 verbeiratete Mitglieder mit 71 Kindern. Dem Gerren des Arbeiterverbandes, kam es darauf an, die Kollegen auszufrachten und die Organisation zu sprengen. Sie schickten die bekannten schwarzen Bisten umher, wodurch mancher wo anders arbeitende Kollege wieder entlassen wurde. Durch einen Agenten verdrängte sie in Holland Leute anzukommen. Es glückte nun den holländischen Kollegen, 100 Mann zurückzuführen; aber trotzdem gelang es doch, zwei Transporte hier zu landen. Von dem ersten Transport wurden vier, von dem zweiten neun Mann getapert. Im ganzen arbeiten nun sieben holländische Streikbrecher in Celle. Die anderen sind mit unserer Unterstützung wieder nach Holland abgedampft. Die Holländer waren unter folgendem Arbeitsvertrag angeworben:

Die unterzeichneten Maurer (Zimmerer, Bauhülfsarbeiter) verpflichten sich, bei den Mitgliedern des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe zu Celle in Arbeit zu treten und zwar für einen Lohn von: für Maurer 32 Cent (54 s), für Zimmerer 32 Cent (54 s), für Bauarbeiter 24 Cent (etwas über 40 s) pro Arbeitsstunde.

Die Arbeitnehmer verpflichten sich, drei Monate ohne Unterbrechung zu arbeiten. Bei vorzeitiger Niederlegung der Arbeit ist der betreffende Meister berechtigt, den Beschäftigten und entlassene Unkosten vom Lohn zu kürzen. Ferner ist der Arbeitgeber berechtigt, wegen ungenügender Arbeit, eventuell Eruhmacht, die Arbeiter zu entlassen. Die Arbeitgeber verpflichten sich, bei zufriedenstellender Leistung die unterzeichneten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter dauernd zu beschäftigen, soweit es die Witterung und die Arbeitsverhältnisse erlauben.

Die unterzeichneten Arbeitnehmer sind von dem Arbeiterverband in Kenntnis gesetzt worden, daß in Celle ein Streik der Bauarbeiter stattfindet. (1.) Trotzdem sind wir gewillt, die Arbeit aufzunehmen, wofür wir freie Hand haben. (Folgen die Unterschriften.)

Nun kann man sehen, was die Herren des Arbeiterverbandes fertig bringen. Wir erhielten 45 s Stundenlohn und die Holländer 54 s. Hoffentlich wird es uns gelingen, die hier noch weilenden Holländer wieder zur Arbeit zu bewegen. Man muß sich wundern, wie die Unternehmer mit den Holländern verfahren. Unter dem Schutz der Polizei werden die Arbeitswilligen nach und nach von der Arbeit zu Fuß und zu Wagen gebracht, die Polizisten allerdings pro Mod. Die Sommerwagen, womit die Holländer transportiert werden, sind so beschaffen, daß man an den „Grünen August“ der Großstadt erinnert wird. Sonntags werden die „Arbeitswilligen“ in Begleitung der Meister spazieren gefahren. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Firma Prager & Burgard (Stuttalurggeschäft), die mehrere organisierte Kollegen aus Hameln beschäftigt, einen Bau übernommen, um den Zinnen- und Außenputz fertig zu machen. Wir lassen dies als Streikarbeit an und halten es für unmöglich, daß auswärtige organisierte Kollegen uns ausgeperrten Kollegen in den Rücken fallen. Die von hier abgereisten und auswärtig arbeitenden Kollegen bitten wir, fest und trenn auszuhalten und nicht zurückzuführen, wenn sie auch nicht bei Muttern sind. Gleichzeitig werden die reisenden Kollegen dringend ersucht, Celle zu meiden und den Zugang fernzuhalten.

In Wände ist der Streik und Aussperrung beendet und die Arbeit am 1. Juli wieder aufgenommen. Die Unternehmer haben eingesehen, daß ihre früher nur als „halbe Maurer“ bezeichneten Leute denn doch den Italienern noch vorzuziehen sind. Auch unsere Kollegen haben einen Pflock zurückgesteckt und so kam eine Einigung zu Stande. Mit Aufnahme der Arbeit erhöht sich der Stundenlohn von 35 auf 38 s; am 1. April 1908 und 1909 tritt je eine weitere Steigerung um 2 s ein. Der Lohn für Bauarbeiter beträgt 30 s, mit denselben Steigerungen wie bei den Maurern.

In Herford sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Nur die Italiener fangen an, recht frechdastig zu werden. Alle mit Neidolben ausgerüstet, schäßen sie drauf los, wie es der Gesellschaft gerade einfällt, daß selbst ihr Arbeitgeber, der Unternehmer Wedder, der mit dieser und der christlichen Streikbrechergehilfschaft gesegnet ist, schon Angst vor blauen Döhnen hat. Als eines Abends in einer Wirtshaus auch eine Schieberlei losging, mußte er verschwinden, durch Ausschreiben von Freiberger den Briganten zu einer anderen „Tätigkeit“ zu bewegen. Neugierig möchte man fragen, ob Herford in Belagerungszustand ist und die Italiener die Hüter der Ordnung sind.

In Springe dauert der Streik unverändert fort. Die Unternehmer hoffen, daß mit der Beendigung der Arbeiten am Rastwerk, was etwa in 14 Tagen der Fall ist, sich „Arbeitswillige“ genug anbieten werden. Sie dürfen sich aber trösten. Wenn die Streikenden vielleicht doch einen vollen Erfolg die Arbeit aufnehmen sollten, so würden sie es nur tun, um eine Epidemie abzuwenden, denn es scheint eine Zeit Dreckschmutz auszubrechen zu wollen, wie folgendes Schriftstück, das einem Streikenden zugehändigt wurde, bezeugt:

Herrn Maurer und Verbandsgeheimfänger N. N.
Lieber Kollege! Mit dem heutigen Tage erlaube ich mir, anzufangen, ob Du mir vielleicht mittelfe, wie ein Arbeitswilliger Du aus der Verbandsliste ziehst! Da die Arbeit jetzt bald knapp wird, möchte ich auch das Blut meiner Kollegen saugen. Meine Adresse ist K. N., Springe, postlagernd.
Nach der Mitteilung ersehe ich Dir gern Deine Bemühungen und Zusagen.

In welchen Kreisen dieser Schmutzsaft zu finden ist, darüber sind die Streikenden gar nicht im Zweifel. Ein Maurergeselle hat den Witz nicht gelassen.

Gau Leipzig. Der Streik in Chemnitz wird mit unbedingter Kraft weitergeführt, da die Verhandlungen, die wir in der vorigen Nummer erwähnten, kein Resultat gezeigt haben. Die vereinigte Streikkommission (Bauhülfsarbeiter, Maurer und Zimmerer) machte folgenden Vorschlag: Bei sofortiger Arbeitsaufnahme sind 47 s Stundenlohn zu zahlen und die 10 1/2 stündige Arbeitszeit einzuführen, vom 1. August an bei derselben Arbeitszeit 48 s Stundenlohn, und von 1908 an 50 s bei zehnstündiger Arbeitszeit. Trotzdem es nicht unsere Aufgabe war, Vorschläge zu machen, taten wir dies auf Anregung des Gewerkschafters. Die Streikkommission erhielt folgenden Bescheid:

- An Herrn Otto Waldmann, Maurer, hier.
Ihren Vorschlag vom 13. d. M. haben wir dem Arbeiterverband hier für das Baugewerbe unterbreitet. Der Verband hat darauf erklärt, daß er den Vorschlag zwar mit freundlicher Gesinnung aufgenommen habe, jedoch nicht in der Lage sei, ihm in allen Teilen zuzustimmen und hat folgenden Gegenvorschlag gemacht:
1. Die Arbeitszeit beträgt im Jahre 1908 zehn Stunden täglich;
 2. Der Stundenlohn für voll arbeitsfähige Maurer und Zimmerer beträgt vom 1. April 1908 ab 45 bis 48 s;
 3. Der Stundenlohn für voll arbeitsfähige Handarbeiter beträgt vom 1. April 1908 ab 34 bis 38 s;
 4. Der Stundenlohn für voll arbeitsfähige weibliche Handarbeiter beträgt vom 1. April 1908 ab 24 bis 28 s;
 5. Bezüglich der Affordfälle bleibt die seitherige Vereinbarung bestehen;
 6. Ebenso bleiben alle übrigen seitherigen Bestimmungen in Kraft.
- Der Verband hat dabei zur Begründung seines Standpunktes noch geltend gemacht, daß er mit Rücksicht

auf die bereits für dieses Jahr getroffenen Abschlüsse nicht in der Lage sei, für Feuer weitere als die bereits zugekündigten Lohnverbesserungen zu machen. Zur Bestätigung der von ihm in Vorschlag gebrachten Lohnsätze hat der Verband noch angeführt, daß er deren Berechnung auf nachfolgender Grundlage aufgestellt habe:

Ein Maurer arbeitet in circa 20 Wochen der Kampagne, in etwa 80 Tagen (vier Tage jede Woche) fünfzig eine Stunde weniger, demnach 80 Stunden weniger, als er bei effizienter Arbeitszeit arbeiten würde. Durch Kürzung der Arbeitszeit verliert der Arbeiter 80 x 45 s = 3600 an Arbeitslohn. Diese 3600 sind auf 3000 Stunden Jahresarbeit zu verteilen, demnach beträgt der tatsächliche Lohnausfall infolge verminderter Arbeitszeit 3600 : 3000 = 1,2 s pro Arbeitsstunde.

Es ist demnach die gewünschte Lohnverbesserung von 3 s eine sehr reichlich bemessene.

Wir übermitteln Ihnen den Gegenvorschlag und sehen Ihrer baldigen Mitäußerung entgegen, auch ist der Unterzeichnete zu einer Aussprache darüber und Entgegennahme mündlicher Erklärungen jederzeit bereit.

Das Gewerkschaftsgericht der Stadt Chemnitz.
Dr. Traandner, Gewerkschaftsrichter.

Die Streikenden beschäftigten sich in einer Versammlung am 22. Juni mit diesem Angebot und kamen zu dem Beschluß, daß die gemachten Zugeständnisse zu gering seien.

In einer Resolution sprachen sie ihre Ansicht dahin aus, daß sie das Lohnangebot für unannehmbar erachteten, sie erklärten sich aber bereit, Frieden zu schließen, wenn die Unternehmer ein den Verhältnissen entsprechendes Angebot machen. Aus dem vom Kollegen Wachmann erstatteten Bericht über die Streiklage ging hervor, daß 895 Maurer abgereist, 29 haben andere Arbeit angenommen, 512 arbeiten bei 55 Unternehmern zu den neuen Bedingungen. Aus den Reihen der Streikenden leisten gegenwärtig 40 Arbeitswilligendienste. Auf 80 Bauten arbeiten zur Zeit 430 Personen (78 Poliere, 76 Lehrlinge und 276 Gesellen), die es nicht für nötig halten, sich an dem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu beteiligen. Streikende sind noch 81 (37 verbeiratete und 44 ledige) vorhanden.

Die Versammlung beschäftigte sich dann auch mit der Faltung des Oberbürgermeisters. Nach einer lebhaften Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Gelegentlich einer Interpellation im Stadtbürgerkollegium hat der Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz die Neuerung gebrauchst, der Chemnitzer Bauarbeiter seit bereits zehn Jahren bessere Löhne und Verfrüherung der Arbeitszeit fordern. Die Herren Baumeister haben aber jedes Entgegenkommen auf friedliche Verständigung zurückgewiesen. Der Streik wurde den Chemnitzer Bauarbeitern durch die Ablehnung der Arbeitszeitverfrüherung aufgezwungen. Im übrigen ist die Anwendung dieses Mittels ein gesetzlich garantiertes Recht, was natürlich auch dem Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz bekannt sein muß. Seine Neuerung, der Streik sei durch fremde Geher veranlaßt worden, muß daher mindestens als leichtfertig ersehen bezeichnet werden.“

Der Streik in Halle a. d. S. ist in ein neues Stadium getreten. Die Streikenden aller drei Bezirke haben am 25. Juni beschlossen, die Forderung der Arbeitszeitverfrüherung fallen zu lassen und bei jedem Unternehmer die Arbeit aufzunehmen, der sich zur Zahlung von 55 s (für Bauarbeiter 45 s) Stundenlohn verpflichtet. Der Grund zu dieser taktischen Schwächung ist in der großen Zahl der Streikbrecher zu finden, die die Unternehmer gefunden haben. In der Versammlung am 25. Juni wurden über den Streik folgende Mitteilungen gemacht: Im Streik stehen noch circa 350 Maurer mit 627 Kindern; abgereist sind rund 800, zu den neuen Bedingungen arbeiten bei 46 Unternehmern circa 250 Kollegen. Zu Streikbrechern sind 9 geworden, wozu noch 36 Gesellen und 24 Poliere, kommen, die die Arbeit erst gar nicht niedergelegt haben. Die Zahl der Italiener beträgt die Streikleistung auf 300 bis 350; die Unternehmer reben von 600, womit aber wohl die Streikbrecher aus allen drei Bezirken gemeint sind. Für den Maurerberuf kommt man also mit gut 400 Streikbrechern rechnen. Es lag nun zunächst bei den Unternehmern, wie sich der Kampf weiter gestalten solle. Die Streikleitung hat ihnen den Beschluß mitgeteilt, und der Arbeiterverband hat dazu Stellung genommen. Die Entscheidung ist natürlich so ausgefallen, wie es Kenner der Halleischen Schachmacher nicht anders erwartet haben. Die Unternehmer beharren auf ihrem Beschluß vom 23. Mai, wonach sie „für das Jahr 1907 keine Halleischen Maurer einstellen wollen“. Nur die, die sich noch bis zum 1. Juni als arbeitswillig meldeten, sollten berücksichtigt und mit 53 s pro Stunde bezahlt werden. Alle anderen, später einzufließenden Maurer sollten einen Stundenlohn von 50 s erhalten. Da die Unternehmer von diesem Beschluß nicht abgehen wollen, so kann also vorläufig an keine Beendigung des Kampfes gedacht werden. Es wird allerdings um so eher der Fall sein, je geschlossener die Streikenden dastehen.

Weider hat sich ein Streikender auch zu einer sehr zu beurteilenden Tat hinreißen lassen, die zweifellos recht unangenehme Folgen für ihn haben wird. Das „Vollsbblatt“ berichtet darüber:

„Der Maurer Neudenberg wurde in der Nacht zum 27. Juni von einem Polizisten dabei beobachtet, wie er sich an eine Turmstraße 94-96 belegene Baracke, in welcher Italiener untergebracht sind, heranschickte. Beim Näherkommen des Polizisten ergriß Neudenberg die Flucht, jedoch aber an der Ecke der Reiter- und Augenapostrophe mit einem Neudober, der mit Schutzpatronen geladen war, den verfolgten Polizisten zweimal in Gesicht. Hierauf schloß er weiter, aber an der Ecke der Guck- und Gerberg- und Besenstraße schloß er abermals auf den ihn weiter verfolgten Polizisten. Hierauf wurde Neudenberg von dem folgenden mit dem Gabel mehrmals über den Kopf geschlagen, so daß er zusammenbrach. Weide, Neudenberg wie der Polizist, waren so schwer verletzt, daß sie mittels Krankenwagens in die Klinik gebracht werden mußten.“

Wie die Sache geschildert wird, müssen wir an der Beurteilungsfähigkeit Neudenbergs zweifeln. So etwas tut kein Mensch mit normalen Sinnen. Selbstverständlich benutzt

die bürgerliche Presse auch dies, um auf die Streifenbeil und ihre Leitung zu verzichten, was freilich nach den bisherigen Leistungen dieser Blätter auch zu erwarten war.

Gau Mannheim. Die Maurer in Biebrach und Zell stehen schon seit 14 Tagen im Streik. Am zweiten Streiktag hat eine Unterhandlung mit den Unternehmern von Biebrach und Zell und der Organisation der Maurer stattgefunden, in der aber keine Einigung erzielt wurde. Die Situation ist für die Streifenbeil sehr günstig, da nur noch so viel Kollegen am Blatte sind, als zum Postenstellen gebraucht werden. Die übrigen sind abgereist.

Auch in Gengenbach scheinen die Unternehmer den Frieden nicht haben zu wollen. Donnerstag, den 27. Juni, fand eine zweite Unterhandlung in Gengenbach statt, an der Kollege Philipp aus Karlsruhe und der Vorstand des Arbeiterverbandes von Küssigthal teilnahmen; auch hier wurde keine Einigung erzielt. Geboten wurde für dieses Jahr 44 %, für 1908 46 % und für 1909 48 %, also 2 % für jedes Jahr weniger als in Offenburg. Die Maurer sind aber nicht gewillt billiger zu arbeiten, als ihre Kollegen in den umliegenden Orten. Ferner ist noch zu bemerken, daß bei Simmesbach in Zell, wo unsere Kollegen auch im Streik sind, in der letzten Woche zwei Tagelöhner abgefährt sind. Der Bau ist bis zum Dachdecken fertig, aber keine Balkenlage ist abgedeckt. Infolgedessen war es auch möglich, daß zwei Unfälle in einer Woche vorkommen konnten. Der erste der Unfälle war leichter, der zweite schwerer Natur.

Gau Nürnberg. In Schwandorf haben sich die Unternehmer nach achtmöglicher Kampf zu unserer Forderung bekehren lassen. Am 28. Juni eruchte der größte am Ort vorhandene Unternehmer die Streifenkommission um eine Unterhandlung, die am 29. Juni stattfand. Darin wurde ein Mindestlohn von 38 % pro Stunde bezüglich der Ueberstunden und sonstiger Arbeitverbesserungen erzielt. Auf die geforderte Beförderung der Arbeitszeit unter zehn Stunden pro Tag wurde schließlich verzichtet. Der bisherige Klassenlohn betrug im Durchschnitt 33,11 % pro Stunde, somit können die Kollegen jetzt sagen, nicht umsonst gekämpft zu haben. Der Unternehmer Friedrich wollte diese Abmachungen nicht anerkennen, weshalb die Kollegen beschlossen, den Streik anzubahnen und über dessen Dauer die Sperr- über die Bauten der Herren Jäger & Werner unüberdacht fort. Die beiden Unternehmer machen zwar alle Anstrengungen, um akwärts, namentlich aus Wäghaus sowie aus der Derschlag, Maurer zu bekommen, aber alle Anstrengungen waren bisher erfolglos, und hoffentlich wird dies auch in Zukunft so bleiben, so daß sich die Firma gezwungen sehen wird, den Tarif gleichfalls zu unterzeichnen.

In Seibauer die Sperr- über die Bauten der Herren Jäger & Werner unüberdacht fort. Die beiden Unternehmer machen zwar alle Anstrengungen, um akwärts, namentlich aus Wäghaus sowie aus der Derschlag, Maurer zu bekommen, aber alle Anstrengungen waren bisher erfolglos, und hoffentlich wird dies auch in Zukunft so bleiben, so daß sich die Firma gezwungen sehen wird, den Tarif gleichfalls zu unterzeichnen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Zum Adressenverzeichnis ist der Name des Vorsitzenden des Amberger Zweigvereins bedruckt worden, der Kollege heißt Georg Neuhöfer.

Die neuen Statuten sind jetzt allen Zweigvereinen zugesandt worden. Sollten beim Versand einzelne Zweigvereine übersehen worden sein, dann bitten wir, uns dieses mitzuteilen.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersehen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 24. bis 29. Juni für folgende Mitglieder erteilt:

- Andw. Wilmshart-Strasbourg i. B. (Frau), Verb.-Nr. 166514; Chr. Scheiner-Riel, 146202; Otto Lochmann-Wittelsfeld 54348; Joh. Wilmshart-Königsplatz 284006; Friedr. Wolff-Wittenberge, 107993; Adam Frangel-Mainz (Frau) 60826; Karl Krifhoff-Bergedorf, 58-018; Aug. Reimner-Gronau, 172735; Robert Müller-Dresden 133739; Chr. Dietrich-Frankfurt a. M. (Frau), 20479; W. Hoffmann-Beiternitz (Frau), 98652; Ferd. Dreywig-Brickel b. Br., 56404; Friedr. Dandé-L-Schadenleben (Frau), 98334; Geinr. Eisenberg-Berlin, 1196; Karl Stranz-Berlin 7191; Bruno Wübiger-Leisnig, 262801; Bernh. Hoffmann-Dresden (Frau), 19973; Herr. Köhler-Dresden (Frau), 18295; Herr. Brunner-Karlsruhe (Frau), 474288; Geinr. Wagnle-Hamburg (Frau), 115902; Anton Wiegand-Berlin, 56742; Franz Wilmshart-Mühlstein, 90870; Emil Wähler-Ostheft, 117759; Herr. Oswald-Holshausen (Frau), 184527; Andr. Schulze-Braunshweig, 77813.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer F. Köster, Hamburg 1, Welenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 25. Juni bis 1. Juli 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Cöln, A. 2000, Elbing 500, Zittau 300, Gamm i. B. 150, Bergedorf 100, Argonowitz 90, Zwönitz 50, Dortmund 1100, Wittenberg (Palle) 500, Freising 880,66, Kattowitz (von hiesiger Streifenunterstützung zurückgezahlt) 111,05, Wadershof 100, Alsteden 48, Hannover 3200, Guben 200, Nordenham 200, Randaun (Pfalz) 241,26, Seinitzenberg 292,54, Jork 30, Egelin

(von hiesiger Streifenunterstützung zurückgezahlt) 47,30, Einbach 24,75, Mothenburg a. Zauber 10, Hamburg 4000, Kiel 1200, Harburg 800, Querfurt 37,18, Querfurt (von hiesiger Streifenunterstützung zurückgezahlt) 180,30, Neuhaldensleben 426,38, Hohenstein-Ernstthal 200, Parkfirken 141,12, Oerburg 111,84, Mainz (Bayern) 29,52, Mügeln bei Ditsch 12,95.

b) Für Futterale. Cöln A. 30, Randaun (Pfalz) —20.

c) „Geschichte der englischen Arbeit“. Zittau A. 10.

d) Für Kalender. Randaun (Pfalz) A. 50.

e) Protokolle vom neunten Verbandstag in Cöln. Zittau A. 72, Gamm i. B. 21, Stegitz 11, Neuhaldensleben 1, Parkfirken 1, Oerburg 3.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Mit Verlusten gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Leifer Strazi-Hamburg (Verb.-Nr. 203021), Joh. Huber-Regensburg (335888), K. Osm. Schmidt-Freiburg i. S. (303177), Herr. Pijahus-Göpenhagen (293298), Carlo Piffin-Oberhausen (289684), Carl. Gohort-Stratowitz (265978), Herr. Gröbe-Gameln (250107), Meinr. Weimer-Brieg (245983), Franz Brüdner-Görlitz (220280), Emil Behob-Werbaun (173212), Aug. Köpfe-Gisleben (147098), Aug. Müller-Neustrelitz (90961), Geinr. Schmidt-Meuntern (80443), Daffiti Luigi-St. Johann (458131), Herr. Bionet-Gradenz (226699), Paul Lange-Gradenz (127417), Wilh. Schirmer-Leipzig (131231), Gustav Herru-Leipzig (38778), Herr. Leiber-Derlin (343017), Geinr. Witte-Varmen (51998), Joh. Dammer-Cöln (278477), Hoh. Fehrig-Berlin (344507), Adam Klinge-Gagen (368760), Anton Gies-Essen (373187), Adam Wöns-Frankfurt a. M. (400466), Fritz Weimer-Horzeim (437041).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Darmstadt-Erzhausen: Adam Haller (Verb.-Nr. 271556), Johann Ph. Bog. (24202), Birua: Othmar Wolf (152575); Raunhweig: Adolf Droste (378991), Friedrich Kündler (475809); Meuselwitz: Arthur Sela (356108), Hermann Günther (356100), Hermann Reuter (356099), Hermann Siemann (356090), Bruno Dörfer (356054), Theodor Schweizer (356032), Arno Reicher (356078); Aftenburg: Mag. Müller (60287), Albin Pfeifferhorn (50291).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ansfordert ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden hier die Zahlstelle Gerthe des Zweigvereins Bochum: Adolf Bunte, geboren am 14. November 1878 zu Bilzig (Verb.-Nr. 297046); Gamm i. B.: Feiz und Schwien, Drantenburg: Hermann Hiegel, geboren am 20. Juni 1883 zu Arensdorf (Verb.-Nr. 439219).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

Abrechnung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands für das erste Quartal 1907.

Einnahme in den Zweigvereinen. Vom 4. Quartal 1906 am Orte verbliebene Hauptkassengelder 5734,11; Eintrittsgelder 3204,—; Wöchentliche Beiträge 339873,50; Sonstige Einnahmen für die Hauptkasse 6154,49; Zuschuß aus der Hauptkasse: a) Reichshaus, Gemahregeltes, Meise, Kranens- und Sterbunterstützung 10138,62; b) Streiks und Waulperren 97125,64; Summa A. 463230,36

Ausgabe in den Zweigvereinen. An die Hauptkasse eingekandt 179800,29; Für Streiks und Waulperren 105935,—; Für Streifenunterstützung im Winter 12631,75; an Streifenbeil 186,05; Reichshaus 21076,84; Gemahregeltesunterstützung 4464,27; Unterstützung in Krankheitsfällen an Mitglieder 31507,92; Unterstützung in Sterbefällen an Mitglieder und deren Frauen 19411,65; Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern 84116,38; Hauptkassengelder am Orte behalten 2393,45; Verluste in den Zweigvereinen 1706,76; Summa A. 463230,36

Einnahme in der Hauptkasse. Kassenbestand vom 31. Dezember 1906 17392,30; Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse 33,60; Aus den Zweigvereinen an die Hauptkasse eingekandt 179800,29; Von hiesiger Streifenunterstützung zurückgezahlt 11900,—; Summa A. 317414,70

Ausgabe in der Hauptkasse. Für das Fachorgan „Der Grundstein“ 56807,45; die Zeitung „L'Operaio Italiano“ 1066,29; „Oswata“ 428,78; Agitation: a) an die Gauvorstände 21981,76; b) für sonstige Agitation 6029,41; c) nach der Schweiz 1000,—; d) nach Holland 60,—

Für den Verbandstag in Cöln a. M. 36657,17; Konferenz 24,—; Zuschuß an Zweigvereine: a) Reichshaus, Gemahregeltes, Meise, Kranens- und Sterbunterstützung 10138,62; b) Streiks und Waulperren 97125,64; verschiedene Reisen zwecks Streifenkontrolle 1679,88; Quartalsbeitrag an die Generalkommission (4. Quartal 1906) 7562,24; Beitrag an die Bauarbeiterkommission 800,—; 1500 Expl. Statistik der Lohnbewegungen 6082,—; 315000 Flugblätter 2373,70; 1500 Gaubroschüren 470,75; 8500 Mitgliedsbücher-Futterale 637,50; 100 Bücher „Gute des Reichs“ 241,85; 96 „Grundstein“ und 40 „Korrespondenzblatt“ Einbanddecken 194,25; Ergänzung der Verbandsbibliothek 26,—; Renovierung des Verbandsbureaus 400,—; einen Kranz für den verstorbenen Jgahg Vater sachliche Verwaltung: a) Mitgliedsbücher 1070,—; b) Adressenverzeichnisse 433,50; c) Streifenarten 653,—; d) Reichsheimatensarten 106,50; e) Postkarten 16,50; f) sonstige Druckfachen 309,—; g) sonstige Buchbinderarbeiten 224,15; h) 455000 Marken 2007,50; i) Schreibmaterial 252,20; j) Stempel und Rubrik 331,90; k) Bureauartikel, Heftung, Seizung und Beleuchtung 669,45; m) Zeitungsbabonements und Dringelohn 26,27; n) Porto: Pakete A. 299,25; Kreuzbandsendungen 322,26; Briefporto u. Geldersand 706,41; Postgebühren 125,95; 1453,87; persönliche Verwaltung: a) Beamtengelder 5201,—; b) Auskünfte im Bureau 1144,—; c) Versicherung des Vorstandes 127,08; d) Revision 62,80; e) Entschädigung des Ausschusses 500,—; Per Dank betagt 47011,76; Summa A. 313408,10

Bilanz. Cinnahme A. 317414,70; Ausgabe 313408,10; Kassenbestand A. 4006,60; Hamburg, den 30. Juni 1907.

F. Köster, Kassierer. Vorstehender Rechnungsabschluss ist vor- und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden. S. Marks, Hamburg. Wilh. Albrecht, Hamburg. Wilh. Koch, Hamburg.

Bekanntmachungen der Gauvorstände. Gau Mannheim.

Die Adresse der Vorsitzenden ist jetzt: Richard Forter, Mannheim P. 4, Nr. 8.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Veranlassungen senden man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagvormorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Befellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Eine recht dumme Frage wirft die „Baugewerkschaft“ in einer ihrer letzten Nummern auf. Sie gibt eine Meldung des „Vorwärts“, wonach sich der Vorstand des Forzheimers sozialdemokratischen Vereins, das Agitationskomitee für Forzheimers-Gand sowie Vertreter des Gewerkschaftsrates und der Metallarbeiter zu einem vorbereitenden Ausschuss für die Gründung eines Parteibüros konstituiert haben, und best. dann hervor, daß hier die offiziellen Vertreter der freien Gewerkschaften mit der Partei zusammen die Gründung eines politischen Blattes vornehmen wollen. Sie meint dazu: „Interessant wäre auch noch, zu erfahren, wer die Mittel aufbringen für die Gründung, jedenfalls dürften dann doch die freien Gewerkschaften“ nicht zurückbleiben.“

Wir sind leider nicht in der Lage, die Meinung der „Baugewerkschaft“ zu teilen, wir wissen zur Zeit auch noch nicht, woher die Forzheimers Genossen das Geld zu ihrem Zeitungsunternehmen kriegen. Wenn es aber der freien Gewerkschaftler ihr Scherlein ganz beiseite lassen werden, so wollen wir, ohne allerdings dazu autorisiert zu sein, ihr sagen, daß wir das für selbstverständlich halten. Die Forzheimers Arbeiter werden bisher das Fehlen einer Arbeiterpresse besonders in ihren Lohnkämpfen recht schmerzhaft empfunden haben. Sie haben sich leicht davon überzeugen können, wie wichtig gerade die Arbeiterpresse für die Gewerkschaften ist und werden darum auch gern ein Opfer dafür bringen. Aber der „Baugewerkschaft“ kommt es natürlich darauf an, einen „Realitätsbuch“ aufzuschnüren, und darum die dumme Frage, „Was ist es getrost tun, wir wünschen ihr viel Glück dazu.“ Die Förderung und Unterstüzung der sozialdemokratischen Presse wird jeder Gewerkschaftler mit nur ganz leiser Appell an den gesunden Menschenverstand

bertheiligen können; ob sich aber das Eintreten der christlichen Gewerkschaften für die Penetrations- und Städtepresse mit den Arbeiterinteressen vereinbaren läßt, steht auf einem anderen Blatte.

Breslau. Mittwoch, den 19. Juni, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung in der üblichen Weise das Andenken des durch den Tod aus unserer Reihen gerissenen Kollegen Paul Weich. Hierauf hielt Kollege Nothher ein Referat über die Ursache des Meistensaufweises im Berliner Baugewerbe. Nothher führte aus, daß die Berliner Kollegen nicht allein für sich, sondern für die Allgemeinheit kämpfen. Auch wir Breslauer Kollegen müßten in allerhöchster Zeit an die Ausarbeitung eines neuen Tarifwesens herangehen. Zur gegebenen Stunde müßten die Kollegen Mann für Mann den Unternehmern kampfsüchtig entgegenzutreten; denn die 9-stündige Arbeitszeit könnte nicht unser Endziel sein. Die Kollegen müßten auch auf den Bauweisen kameradschaftlicher Zusammenhalten und nicht einander beschimpfen und beschöndern; die jungen Kollegen müßten mehr auf die älteren Rücksicht nehmen, und die älteren Kollegen den jüngeren mit Rat und Tat beistehen, dann würde auch unsere Organisation besser gedeihen. Ferner ermahnte Kollege Nothher die Kollegen, auf sämtlichen Baustellen Delegierte zu wählen. Ferner müßte in den Bauwerken die Diskussion in den Schirmden besser gepflegt werden, denn dadurch würde das Solidaritätsgefühl unter den Kollegen mehr Platz greifen. In der Diskussion sprachen mehrere Redner im Sinne des Referenten. Kollege Wibera stellte den Antrag, den Vorstand zu beauftragen, den kämpfenden Kollegen in Berlin eine Sympathieumgebung der Breslauer Kollegen zu übermitteln. Der Antrag wurde angenommen. Hierauf wurde die Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Sagen. Ueber das Baugeschäft Eb. Stamm ist die Sperre verhängt, weil dort die eifrigste Arbeitszeit eingeführt ist. Der Unternehmer erklärte, seine Leute kämen mit dem tarifmäßigen Lohn nicht aus, sie müßten mehr verdienen, Brot, Fleisch und alle Nahrungsmittel seien zu teuer, deshalb müßten elf Stunden gearbeitet werden, er gehöre auch dem Arbeitgeberverbande nicht an, deshalb habe ihm niemand etwas zu sagen, auch sei er schon all genug, um einen Normendruck erheben zu können. Wie man sieht, ist der Herr gegenwärtig noch sehr hochtendend, er kann es auch wohl noch sein, da an seinem Bau, Verwalterschaft, nur erst zwei Mann beschäftigt werden können, wenn er aber gemungnen sein wird, mehr Leute einzustellen und die Sperre dann ihre Wirkung ausübt, so daß er keine Mauerer erhalten kann, dann wird sich sein hochschwebendes Wasser wohl legen; er wird sich dann wohl mit der Frage beschäftigen müssen, ob sich das Einkommen seiner Arbeiter nicht auf eine andere Weise erhöhen lassen als durch Verlängerung der Arbeitszeit.

Silbesheim. Sonntag, den 9. Juni, tagte in Salzdorf, Zahlstelle des hiesigen Zweigvereins, eine Generalversammlung, in der fast alle Kollegen erschienen waren. Den Grund zu dieser Versammlung bildete der Antrag des Kollegen Redershaus auf Gründung eines eigenen Zweigvereins. Zu dieser Versammlung waren auch der Bauvorstand und der Zweigvereinsvorsitzende erschienen. Der Antragsteller begründete seinen Antrag damit, daß durch Gründung eines Zweigvereins die jetzigen Unkosten vermieden werden könnten. Dieses sei auch die Meinung einzelner Kollegen gewesen. Kollege Raubinger führte den Kollegen nochmals die Vorteile vor Augen, die sie jetzt durch Anschluß an das Kartell, das Gewerkschaftssekretariat, die Gewerkschaftsbibliothek und sonstige Einrichtungen haben; außerdem würden ihnen zu der einzelnen Versammlung. Referenten beschaffte, was nachher nicht mehr gut möglich sei. Redner glaubt wohl, daß die Salzdefurter sonst selbständig bestehen können. Die Kollegen Kirch, Gomes II und Fr. Redershaus stimmten diesen Ausführungen zu und forderten die Kollegen auf, es beim alten zu belassen, da sonst bei Gründung der erste Rückschritt getan würde. Kollege Warnstorff nannte eine Reihe von kleineren Zweigvereinen, die mit größerer Bescholung sind, und einige, die selbständige Zweigvereine gegründet haben, glaubt aber, daß hierfür in Salzdefurth kein Grund vorliegt; es handle sich bei der ganzen Sache wohl darum, daß die Salzdefurter Kollegen bis jetzt keine Lokalfeste haben. Es soll in der nächsten Vorstandssitzung beraten werden, in wie weit Konzeptionen ab 1. Juli nach der Abrechnung gemacht werden können. Diesen Ausführungen wurde einstimmig zugestimmt. Kollege W. Redershaus gab darauf seinen Antrag zurück. Im zweiten Punkt besprach Kollege Warnstorff die Berliner Lohnbewegung und forderte die Kollegen auf, die etwa vom Verbandsvorstand auszuführenden Extrabeiträge bereitwillig zu zahlen. Der Beifall, den Redner erzielte, bewies, daß diese Aufforderung auch befolgt werden wird. Nachdem in „Verschiedenes“ noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen kräftigen Hoch auf den Zentralverband der Mauerer Deutschlands geschlossen.

Mannheim-Ludwigsbafen. (Zur Frage der Affordarbeit.) Da es in der vom 9. Verbandstage angenommenen Resolution zur Affordarbeit heißt, daß über ihre Erhaltung Nachforschung vorzubereiten sein soll, so sehe ich mich veranlaßt, die Verhältnisse in unserem Zweigverein zu schildern, zumal auch in meiner Zahlstelle Oppau noch manche Kollegen für den Afford schwärmen. Vor ungefähr 7 Jahren hatten wir in den beiden Städten eine Hochkonjunktur, und gerade damals entstanden viele Neubauten, die in Afford aufgeführt wurden. Bei der guten Konjunktur bildeten sich auch nicht so viele Mißstände, weil die Unternehmer froh waren, wenn sie nur Mauerer hatten. Als es aber mit der Arbeitsgelegenheit flauer wurde und die Unternehmer mußten, daß die Organisation völlig machtlos war, erfolgten Abzüge von den Affordarbeiten. Nach andere Mißstände zogen damit ein, die sich bis heute noch nicht gebessert haben. In unserem Zweigvereinsgebiet ist sozusagen der letzte Mann organisiert, zur Zeit gehören ihm circa 1400 Mauerer an. Für diese ist aber höchstens nur zur Hälfte Affordarbeit vorhanden. Die Folge ist nun, daß das Geld und die Uneinigkeit unter den Kollegen entstehen. Das Solidaritätsgefühl kommt nicht mehr voll zur Geltung. Es ist vor-

genommen, daß eine Kolonne von fünf Mann an einem größeren Bau arbeitet, wo bei Tagelohn die dreifache Anzahl von Mauerern Arbeit gefunden hätte. Aber viele Kollegen, die schon längere Zeit arbeitslos waren und eine starke Familie, zu ernähren hatten, mühten immer wieder unrichtiger Sache abzugeben, wenn sie dort um Arbeit angefragt hatten. Besonders den älteren Kollegen ist es sehr schwer, Arbeit zu finden. Mühen darum die Kollegen das nachzulesen, was Kollege Silberknecht auf dem Verbandstage über diese Angelegenheit gesagt hat. Obwohl ich selbst in Afford arbeite, muß ich doch sagen, daß es nicht länger so weitergehen kann. Die Affordarbeit demoralisiert die Kollegen und macht sie zu egoisten; ferner verdirbt sie die Arbeitslosigkeit. Manche Kollegen loben die Affordarbeit, weil sie ein freies Arbeitsverhältnis schafft. Aber, Kollegen, es liegt nur an uns, auch bei den Arbeiten in Tagelohn ein freies Arbeitsverhältnis einzuführen. Wir brauchen nur einig zu sein. Schaffen wir darum Aufklärung, verstehen wir doch die bösen Folgen dieser Arbeitsweise, damit wir uns bei dem nächsten Tarifabschluß davon befreien können. Heinrich Hanson.

Mühlheim-Oberhausen. (Zahlstelle Sterkrade.) Der christliche Verband der Bauhandwerker hatte zu Sonntag, den 23. Juni, eine große Versammlung angeregt unter dem Vorhaben, die „Verbindungen“ ihrer Organisation durch die sozialdemokratischen Agitatoren zurückzuweisen. Es würde sich ja erübrigen, die mit großem Zantanz und wenig Erfolg inszenierte Aktion zu erwähnen, denn ganze 70 bis 80 Getreue aus allen Verufen, auch Bergarbeiter, Fabrikarbeiter von Sterkrade und Osterfeld, waren dem Aufgebot, daß die christlichen Gewerkschaften eifrigsten Gehörnis in der Öffentlichkeit. Hier oder fünf Referenten hätte man aufmarschieren lassen, um die „Ziele“ der christlichen Arbeiterbewegung aller Öffentlichkeit zu unterbreiten. Freie Diskussion wurde gewährt und von uns auch benutzt. Die „Ziele“ der christlichen Bewegung schiedete Nothher, katolischer Arbeitersekretär in Ruhrort: „Ich mache gar kein Hehl daraus, daß die christlichen Gewerkschaften als Damm gegen die Sozialdemokratie gegründet worden sind.“ Mauer, Bezirksleiter der Mauer und Antiker, schämte sich nicht, die schon hundertmal richtig gestellte Frage von Nothher's Erbschaft auf neue in die Debatte zu werfen, gegen den Grundsat: „Sie sagen wie die Zeit, und schwindeln aus Prinzip.“ Pfeffer, der „große“ Bezirksleiter, bemerkt: „Der Zentralverband der Mauer ist eine Unternehmergruppe, denn der Gauhvorstandende Baude von Oberhausen hat einen Kollektivverein gegründet. Nimm! Was aber alle Tage und Verdingung die Krone aufsetzt, war, daß der Ruhrorter Arbeitersekretär, aufeinander über den letzten Erfolg erhob, im Schlusswort erklärte, die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei brauchen nicht mit ihren großen Anführern zu brünnen, denn das Groß dieser Elemente sei Abbet. Aber die christlichen Organisierten seien Männer, die wissen, was sie wollen. Als er persönlich zur Rede gestellt wurde, gab er zu, daß auch in den christlichen Meinen Leute seien, deren Handlungen zu wünschen übrig lassen. Er glaubt aber selber behaupten zu können, daß andere Führer keine Verantwortung nehmen, ehergehend auf die Mitglieder einzuwirken. Dies letztere weisen wir als eine infame Niedertrachtigkeit zurück. Mühen diese Worten nur Lusthaft in ihren Gewerkschaftsreisen und in den vom Kreis beherrschten Gegenden Deutschlands und anderer Kulturstaaten haben. Wer hat hier das materielle und geistige Geld geschenkt? Ist es nicht der Kapitalismus, der die arbeitende Bevölkerung demoralisiert? Und war und ist es nicht der Kreis, der diesen als Handlanger für sich seit Stand und noch steht? Sind es nicht Geistliche, die in Freiburg in der „Katholiken“ den Streikführer beherrschten, und werden nicht in Oberhausen Geistliche Streikführer für Berlin akt? — Es ist das Ziel des Kreises, die arbeitende Bevölkerung einzuschüchtern und dadurch den Friede nach Befriedung zu erziehen, und geht es nicht auf erliche Weise, so wird zur Verleumdung des Gegners gegriffen, was „Antiquar der Starke“ als „sein Geschäft“ bezeichnet hat. Kollegen, beachtet dies. Sorgt dafür, daß dieser Sorte von Arbeitervertretern das Handwerk gelegt wird. Insbesondere die Kollegen von Sterkrade und Osterfeld sollten diese Vorwände in der Agitation benutzen und ihren irreführenden Berufskollegen legen, daß es nur der Zentralverband der Mauer und mit ihm die moderne Arbeiterbewegung ist, wo unsere Interessen Vertretung finden.

Neidenbach i. W. Eine 25-jährige Mauererverammlung tagte hier Dienstag, den 25. Juni, in welcher Kollege Louis Geislin aus Widau über „Die Unfallgefahr im Baugewerbe“ referierte. Der Referent erzielte seine Aufgabe in trefflicher Weise, und es ist auch zu hoffen, daß die Berufscollegen ihr Augenmerk mehr als zuvor auf die Ausgestaltung des Bauarbeiterlohnes richten. Auch unterzog Redner das Affordsystem, dem auch in Neidenbach von verschiedenen Kollegen noch geschuldet wird, einer scharfen Kritik. Es wäre Pflicht der betreffenden Kollegen, im Interesse ihrer Gewandtheit der Affordarbeit zu Reibe zu gehen. Ferner führte der Vorsitzende aus, daß laut Vertrag ab 1. Juli der Lohn auf 41 s pro Stunde steigt; Kollegen, die dieser Lohnjagd nicht erhalten, sollen den betreffenden Unternehmer darauf aufmerksam machen. Ferner tadelt der Vorsitzende noch den schlechten Versammlungsbesuch und fordert die Anwesenden auf, auch in Bezug auf regen Versammlungsbesuch ihren Mann zu stellen.

Senftenberg. Ueber die Lage im Berliner Baugewerbe berichtete der Kollege Horning, in dem am Freitag abgehaltenen Sitzung, der hier in Arbeit stehenden Berliner Kollegen. An der Hand reichen Materials, verschiedenen Zeitungen entnommen, faßt Redner zu dem Schluß, daß die Lage für die Arbeiter durchaus günstig sei. Kollege Krümm, Vorsitzender des hiesigen Zweigvereins richtete in der Diskussion einen warmen Appell an die Kollegen, er ermahnt an ihr Solidaritätsgefühl und erludt sie, auszuharren bis zu Ende. Folgende von Kollegen Horning vorgelegene Resolution fand einstimmige Annahme: „Der guten Haltung der Streitenden, ihrer Disziplin sowie der „beängstigten“ Taktik“ der Streikleitung sprechen die hier zur Zeit tätigen Kollegen ihre vollste Anerkennung aus. Sie sind eingebt, daß die gestellten Forderungen recht beschneiden und aus kulturellen Gründe naturgemäß sind. Daß die Kollegen in der Provinz mit Stolz auf die Kämpfer und deren bisherigen Erfolge blicken, verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden.“

Gliesenleger. Nürnberg, Sonntag, den 23. Juni, tagte hier im „Café Meißel“ eine stark besuchte Gliesenlegerversammlung mit der Tagesordnung: Die derzeitige Lage in unserem Berufe. Referent war Kollege Giescholt. Die beifällig aufgenommenen Ausführungen hatten den Zweck, den Mitgliedern der Freien Vereinigung der Gliesenleger Gelegenheit zu geben, zu unserem Verbande Section der Gliesenleger, überzutreten. Ebenfalls macht es die vom Referenten vorgelegten und später gegen vier Stimmen angenommene Resolution allen Kollegen zur Pflicht, die Einheitslichkeit der Organisation anzugreifen; die Kollegen der Freien Vereinigung aber müßten sich insgeheim der Section anschließen. Genosse Kemner, Vorsitzender der Gewerkschaftskommission und der Totalorganisierten Arbeiter, war, als Redner erdienen. Natürlich lagen nach seiner Meinung sachliche Gründe überhaupt nicht vor, die einen derartigen Uebertritt rechtfertigen könnten, noch viel weniger sein solche vorgebracht worden. Die ganze Geschichte sei eine Ueberrumpelung, nicht einmal die leitenden Kollegen hätten etwas davon gewußt. Die Freie Vereinigung ist die Organisation der Zukunft“, sagte Genosse Kemner (wogegen wir natürlich nichts einzuwenden haben). Dann ließ er seinen eigenen Bestand noch aufmerksamieren (Konferenzorganisationen, Eintrittskarte u. s. f.). Auch die Viezentralen hätten nur „vorläufig“ und „schaltend“ Unterstützungsanstalten eingeführt, diese würden sie aber mit der Zeit wieder abschaffen. In dieser Art fuhr er fort, um zum Schluß herauszufinden, daß wir die eigentlichen Zersplitterer der Arbeiterbewegung seien. Die weitere Diskussion und die Annahme der Resolution wirkte etwas abkühlend. Die Diskussion über die Sperre von J. Meyerle verband der Genosse Kemner ebenfalls sehr interessant zu gestalten. Seine Ansprache über den Begriff „Sperre“, die in Arbeit stehenden arbeiten ruhig weiter, lediglich der Bezug ist abzuschneiden, rief große Heiterkeit hervor. Sogar Mitglieder seiner Richtung mußten gegen eine derartige in Bauarbeiterkreisen ganz absurde Darstellung Front machen. Das Resultat der Versammlung war, daß von acht hier anwesenden, der „Freien Vereinigung“ angehörenden Kollegen sechs zur Section übertraten; zwei blieben, weil nicht anwesend, stehen. Wenn eine Auflösung des Vereins der „Freien Vereinigung“ momentan nicht erreicht wurde, so deshalb nicht, weil infolge der guten Konjunktur noch sechs auswärtige Kollegen ihr vorläufiges Weiterbestehen ermügend. Hoffentlich werden auch diese Kollegen gesehen haben, daß es ein Luxus ist, sich jetzt Organisationen zu leisten, und werden dafür eintreten, daß einmal das Gesamtinteresse höher bewertet wird als persönliches. Von den zur Zeit hier tätigen Kollegen gehören 42 der Section an, 8 der Vereinigung. Die Versammlung war von 43 Kollegen besucht. Nachdem die fremden Kollegen noch auf den Tarif hingewiesen worden waren, wurde mitgeteilt, daß der Kollege Schlaffer plötzlich abgereist ist. Wir verlieren in ihm eines der eifrigsten und tüchtigsten Mitglieder. Möge es ihm in seiner neuen Stellung nur gut gehen! Zur Sperre über die Firma J. Meyerle hat sich im Laufe dieser Woche die Situation dahin geändert, daß Herr Meyerle sich gezwungen sah, den Tarif zu unterschreiben.

Aus der Bodenseeregend. Die im Laufe dieses Frühjahres eingeleitete und bis jetzt emig betriebene Agitation, hat auch erfreulicherweise Nutzen gebracht. In Konstanz ist die Mitgliederzahl bedeutend gestiegen, nur die Kollegen in Ulm sind noch ein wenig, obwohl wir uns alle Mühe gegeben hatten, sie zu einer Vereinigung zusammen zu bringen, nicht zu bewegen gewesen, der Organisation beizutreten. Ähnlich verhalten sich mit wenigen Ausnahmen die Kollegen von Bollmannaheim. Die Kollegen denken, laßt nur die anderen für bessere Verhältnisse eintreten, wir ernten dann mit, was sie gesät haben. Sie können aber bedenken, daß sie doch noch einmal zur Einsicht kommen werden, wenn auch erst dann, wenn sie die Scham dazu bringt. Die Adolfszeller Kollegen bestreiten sich jetzt einer besseren Agitation als früher, mögen sie so fortfahren. Singen hat eine ansehnliche Mitgliederzahl erhalten, indem in Pfaffenbors und Wümmenfeld neue Zahlstellen errichtet wurden. Durch eine am 10. Juni in Pfaffenbors eingeleitete Lohnbewegung erzielten die Kollegen die zehnjährige Arbeitszeit, anstatt der bisherigen elfstündigen, bei gleichem Tagesverdienst wie früher. In diesem Ort sind von 28 Kollegen 24 organisiert. In Tuttlingen ist in letzter Zeit eine große Anzahl italienischer Kollegen der Organisation beigetreten, während die deutschen Kollegen, namentlich die Gyler, noch eine große Gleichgültigkeit an den Tag legen. Hoffentlich kommen diese auch noch zur Einsicht. Von Konstanz ist noch zu berichten, daß am Petershäuser Schulhausbau der Mauerpolster Stein, früher Verbandsmitglied und Vorsitzender der früheren Zahlstelle Konstanz, alles verliert, um die organisierten Kollegen von Bau fernzubalzen. Dieser gute Mann stellt italienische Arbeiter ein, sobald er bekommen kann, während die deutschen, namentlich die „gefährlichen“ norddeutschen Kollegen, nicht eingestellt werden. Jedenfalls dürfte die Stadtverwaltung sich darum kümmern, daß in erster Linie die einheimischen und deutschen Arbeiter beschäftigt werden, zumal gegenwärtig in Konstanz keine allzureichliche Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Die Holzarbeiter in Konstanz stehen schon seit vier Wochen im Streik, nun plant der Arbeitgeberverband, laut Zeitungsberichten, falls die Holzarbeiter bis 6. Juli die Arbeit nicht wieder aufnehmen, alle Bauhandwerker auszusperrern. Hoffentlich seien die uns dann noch fernstehenden Kollegen die Notwendigkeit der Organisation ein, vorausgesetzt, daß sie sich nicht als Hauszweiger an ihren Nebenkollegen verdingen wollen. Deshalb Kollegen im bodischen Oberland! Hinein in die Organisation, kommt fleißiger in die Versammlungen und agitiert, was in Euren Kräften steht!

Bentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einigkeit.) In der Woche vom 23. bis 29. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Lübeck A 500, Hamburg-Spendorf 300, Tietzenau 300, Werber a. d. Habel 260,

Den großen Vertrauensbruch als strafschwerer in Betracht ziehend, beurteilte das Schöffengericht den säuberen Herrn wegen Betruges zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen, die vom Landgericht bestätigt wurde. Gegen das Urteil legte er Revision beim Oberlandesgericht ein, die er damit begründete, daß er für seine Streifbrevierarbeit keinen Stundenlohn, sondern nur eine Gratifikation bezogen habe. Er habe einem ihm befreundeten Unternehmer eine Gefälligkeit erweisen wollen. Diese „Gefälligkeit“ sieht das Hanseatische Oberlandesgericht ebenfalls als Betrug an; denn es wies die Revision als unbegründet zurück.

Polizei und Gerichte.

*** Nachwehen von der Reichstagswahl.** Vor der Strafkammer zu Ratibor als Berufungsinstantz hatte sich der Kollege Gottl. Kotofsch als Steuerhelfer in Oberschlesien, jetzt in Duisburg, wegen Verleitung des Wahlvorstehers in Steuerhelfer zu verantworten. Vor dem Schöffengericht zu Ratibor war er am 18. April zu 20 Geldstrafe verurteilt worden. Als einziger Belastungszeuge trat ein Verwandter gegen ihn auf, der indes von einem Verwandtschaftsverhältnis nichts hatte wissen wollen. Auch vor der Strafkammer gab dieser Zeuge jetzt an, mit dem Angeklagten nicht verwandt zu sein. Die Verleumdung wurde darin gefunden, daß der Angeklagte gegen die Verwendung einer Suppentertine als Wahlurne energisch protestiert hatte. Nachdem das Gericht alle weiteren von der Verteidigung gestellten Weisungsanträge abgelehnt hatte, beantragte der Staatsanwalt, zu e r m a n n e l t e Gefängnis. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung; das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß aus dem einmündigen Zeugnis selbst eines Verwandten des Angeklagten hervorgehe, mit welcher Frechheit dieser vorgegangen sei um den Wahlvorsteher zu verleumden und in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Da unter 100 Fällen höchstens einer zur Anzeige gebracht würde; so müßte auch auf eine exemplarische Strafe erkannt werden. Gegen das Urteil ist Revision angemeldet worden. Es ist eine allgemeine Tatsache, daß gerade auf dem Lande Verträge gegen die Wahlvorchriften vorkommen, die in ihrer Ungeheuerlichkeit geradezu ungläublich erscheinen. Es ist daher das gute Recht, ja die Pflicht eines jeden Wählers, recht mißtrauisch zu sein. Und wenn dieses Mißtrauen namentlich bei Arbeitern in einer krassen Form zum Ausdruck kommt, so ist das erklärlich, denn man weiß doch, wie sie gerade von der geistlichen Verleitung des Wahlscheunisses geschädigt werden. Um so begreiflicher erscheint es uns daher, daß dieses Vergehen mit einer so harten Strafe gesühnt werden muß. Das Rechtsgefühl muß durch solche Urteile auf das empfindlichste verletzt werden. Öffentlich läßt sich unser Kollege, der besonders in den Wintermonaten in seiner Heimat für die gewerkschaftliche sowie für die politische Organisation mit Ueberzeugung arbeitet, von diesem Wege nicht abbringen; die Kollegen werden ihm trotz dieses Urteils zu schätzen wissen.

Verschiedenes.

*** Werkstoffdicke - Sandgewinnung.** Umweit der amerikanischen Großstadt Chicago wo eine große Industriegesellschaft ein Lager von feinem Sand für die Herstellung von Glas ausbeutet, ist ein echter amerikanischer Großbetrieb, der in verhältnismäßig kurzer Zeit dazu geführt hat, in dem Boden der betreffenden Örtlichkeit eine ungeheure Höhlung von 45000 Quadratmeter bei einer Tiefe von 30 Meter zu schaffen. Nach einer Mitteilung des „Kosmos“ werden dabei ganz besondere Maschinen verwendet, indem der Sand aufgesumpft wird, als ob er Wasser wäre. Eine Dampfmaschine pumpt zunächst Wasser aus einem Brunnen auf und schleubert es gegen die Sandwände, die unter diesem Druck zusammenfließen. Das entscheidende Gemisch von Sand und Wasser fällt in einen großen Behälter, wo es von einer weiteren Pumpe aufgenommen wird, die es durch Druckluft weiter befördert. In jeder Stunde werden auf diese Weise etwa 150 Kubimeter der Mischung abgebaut, in denen etwa 50 Tonnen Sand enthalten sind. Die Sandpumpen müssen selbstverständlich Ventile von ganz besonderer Stärke besitzen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 99 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Alter und neuer Despotismus. Von Karl Emil. — Giuseppe Garibaldi. Zur hundertsten Wiedergeburt seines Geburtstages. Von Wilhelm Vlos. — Der Internationale Kongreß und die Eingekerkerten der englischen sozialistischen Partei. Von J. B. Ksew. — Staatliche Nachklänge zu den Reichstagswahlen. Von Adameitus. (Schluß.)

„Kommunale Progris“. Mannigfache Vorgänge in der letzten Zeit haben bewiesen, daß die meisten deutschen Gemeindevorwaltungen sich noch immer nicht von der Vorstellung freimachen können, sie müßten sich bei wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern freitun und bedingungslos auf die Seite der Kapitalisten schlagen. In der jetzt ausgegebenen Nummer 26 der „Kommunale Progris“ findet sich eine höchst lehrreiche Zusammenstellung solcher Vorkommnisse: Ob Großberlin, ob das schwarze Rachen oder ob irgend eine kleine Stadt Bayerns — überall dasselbe Bild.

Es liegt im Interesse der Befreiung der Klassenherrschaft in den Gemeindevorwaltungen, wenn die „Kommunale Progris“ immer mehr in Verbreitung gewinnt. Die „Kommunale Progris“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur M. 2.50. Probeummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu beziehen.

„Blut und Eisen“, Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit, von Hugo Schulz. Heft 37, 38, 39. Das Werk erscheint im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ in 50 Lieferungen à 20 J. Daselbe kann noch jetzt von Nr. 1 an bezogen werden. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportageur entgegen.

Die Agrarfrage in Rußland. Die bäuerliche Wirtschaftsform und die ländlichen Arbeiter. Verlag von J. B. Dieck Nachf. in Stuttgart. Eine Untersuchung von Peter Mahlow. Autorisierte Uebersetzung von M. Robinson. Preis broschiert M. 2.50, gebunden M. 3.

Briefkasten.

Treptow a. d. T., N. S. Wenn es sich um etwas anderes als um die gemeinschaftliche eheliche Wohnung handelte, z. B. um einen Stall, um eine Scheune oder um ein Stück Gartenland usw., könnte der Mann recht haben; aber in diesem Falle bedarf es nur der Berufung auf den § 1357 des Bürgerlichen Gesetzbuches, um die juristische Debatte des Mannes über den Ganzen zu werfen. Nach den Bestimmungen dieses Paragraphen ist die Frau berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt.

Gerehart. Wir haben erst kürzlich an dieser Stelle mitgeteilt, daß Genosse Fran Wlos, der Weisheit und Maßnahme mit dem Kennzeichen „Solidarität“ fabriziert, in Stein-Weinberg wohnte.

Oederan, N. S. Darauf können wir uns nicht einlassen, die Versammlungsanzeige muß zu jeder Versammlung eingeleitet werden. Lediglich sind derartige Zuschriften nicht an die Druckerei von Auer & Co., sondern immer an die Redaktion des „Grundstein“ zu richten.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeit kostet 15 J.)

Berlin. Am 25. Juni starb unser Mitglied **Anton Wiczorek** im Alter von 62 Jahren an Gefäßkrankheit.

Braunfels. Am 25. Juni starb plötzlich unser Kollege **Christian Koch** im Alter von 19 Jahren.

Braunburg a. d. S. Am 26. Juni starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege **W. Thiens** im Alter von 60 Jahren an Lungentuberkulose.

Dresden. Am 15. Juni starb unser Verbandskollege **Robert Klotzsche** aus Leppersdorf bei Mabeberg im Alter von 42 Jahren an Lungentuberkulose.

Am 21. Juni starb unser Verbandskollege **Eduard Gatsch** im Alter von 55 Jahren an Herzschwäche.

Eppeheim. Am 21. Juni starb unser Verbandskollege **Philipp Gäbler** im Alter von 44 Jahren an der Prostataverkalkung.

Selmstedt. Am 19. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Karl Raba** im Alter von 48 Jahren an Magenkarzinom.

Sofan. Am 26. Juni starb unser langjähriges Mitglied **Hermann Köllitz** an Herzleiden.

Neustettin. Am 26. Juni starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Franz Wisniewski** im Alter von 42 Jahren an Lungenschwindsucht.

Nürnberg-Bürg. Am 22. Juni starb unser langjähriges und braves Mitglied, der Kollege **Wilhelm Diekmann** im Alter von 45 Jahren an Lungentuberkulose.

Potsdam. Am 29. Juni starb unser Kollege **August Scheubel**. Am 28. Juni starb unser Verbandskollege **Friedrich Engelmann** aus Ermlich im Alter von 63 Jahren im Krankenbause zu Leipzig an Herzleiden und Wasserhucht.

Rüdiger im Alter von 62 Jahren an Herzschlag.

Stuttgart. Am 25. Juni starb unser Kollege **Jos. Wacker** im Alter von 29 Jahren.

Tüft. Am 7. Juni starb unser treuer Verbandskollege **August Wagner** aus Splittler im Alter von 57 Jahren infolge eines Unfallschlages.

Ehre ihrem Andenken!

Bautzen.

Die Wohnung des Vorsitzenden befindet sich vom 1. Juli an: Kesselftr. 20, 3. Et.

Coblenz.

Die Wohnung des Kassierers befindet sich vom 1. August an Castorpfaffenstr. 14, 1. Et. [M. 1,20]

Achtung! Flensburg.

Die Wohnung des ersten Vorsitzenden **H. Meister** befindet sich jetzt: Friesdoffstr. 102, 1. Et. [M. 1,50] Die Verwaltung.

Lissa.

Die Wohnung des Kassierers befindet sich von jetzt an: Schloßstr. 8, 1. Et. [M. 1,20] Der Vorstand.

Northelm.

Die Wohnung des Kassierers **Ludwig Bölling** befindet sich vom 1. Juli an Schaffstr. 21, 1. Et. [M. 1,20]

Kollegen, die den Aufenthalt des Mitgliedes **Ferdinand Kirschberger** aus Dessau kennen, werden gebeten, dem Unterzeichneten diesen mitzuteilen. [M. 1,20] Paul Lingner, Dessau, Stenografstr. 68, 2. Et.

Kollegen, die den Aufenthalt des Maurers **Keilhak** kennen, werden erlucht, dem Unterzeichneten oder dem Verlag des „Volksblattes“ in Bochum hiervon Mitteilung zu machen. Keilhak soll in einer sehr wichtigen Sache als Zeuge vernommen werden. [M. 1,50] Gust. Weiso, Bochum, Wimehauserstr. 40.

Sommerfeld.

Sonnabend, den 6. Juli, Nachmittags 4 Uhr: **Achtes Stiftungsfest** im „Kurfürsten-Saale“. Die Kollegen von Gassen und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Wolfenbüttel.

Sonntag, den 14. Juli, Abends 7 1/2 Uhr: **Behtes Stiftungsfest** im Lokale „Deutsches Haus“, bestehend in Theater und Ball. Sämtliche Kollegen von Wolfenbüttel und Umgegend nebst Damen sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 2,30] Der Vorstand.

Fürstenwalde a. d. Spree.

Sonnabend, den 13. Juli, Abends 8 Uhr: **Elftes Stiftungsfest** im großen Saale des Gesellschaftshauses, unter Mitwirkung der beliebigen Berliner Volksfänger-Gesellschaft **Max Schmölker**. [M. 3,30] Alle Kollegen sowie die umliegenden Bezirksvereine werden hierzu freundlichst eingeladen. Das Festkomitee.

Hadersleben.

Sonntag, den 14. Juli 1907: **Sedzehntes Stiftungsfest** bestehend in einer Wagenour rund um den Damm. Aufenthalt in Christausthal. Abfahrt Mittags 1 Uhr vom Vereinslokal. Dortselbst Abends Ball. [M. 3,90] Das Festkomitee.

Lehmin.

Sonnabend, den 6. Juli: **Elfjähriges Stiftungsfest.** Sämtliche Kollegen von Lebnin und Umgegend sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Pyritz.

Sonntag, den 14. Juli, Nachmittags 3 Uhr: **Sommervergnügen** im „Schützenhaus“, bestehend in Gartenkonzert, Tanz und Taubenabwerfen für Kinder. Sämtliche Kollegen von Pyritz und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Das Festkomitee.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Meerane. Jeden 3. und 6. Sonntag im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Sonntag, den 7. Juli.

Arnsvalde. Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“.

Frankenhausen (Kyffh.). Nachm. 2 1/2 Uhr im „Barbarossagarten“.

Gransée. Nachm. 3 Uhr im „Schützenhaus“.

Grosswig. Nachm. 3 Uhr bei Thomas.

Nebra. Nachm. 3 Uhr im „Gasthof zur Burg“. Bücher sind mitzubringen.

Oederan. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Erholung“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Nürnberg. (Eisenfänger) Abends 8 Uhr im Cafe West.

Sonntag, den 14. Juli.

Coblenz. Nachm. 1 1/2 Uhr im „Goldenen Ring“. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonnabend, den 20. Juli.

Colditz. Abends 8 Uhr im Restaurant „Gambrius“.

Sonntag, den 21. Juli.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr im Vereinslokal „Wilde Rose“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Generaterversammlung, L. O.: 1. Verbands- und Kassensbericht, 2. Ueberprüfung des Verwaltungsverzeichnisses, 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 7. Juli.

Bunzlau. Mittags 1 Uhr Generaterversammlung in der „Hoffnung“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.